Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB:

Anlage A FNP / BP

Zu den Stellungnahmen aus der Öffentlichkeits- sowie Träger- und Behördenbeteiligung werden nach erfolgter Interessenabwägung folgende Beschlüsse gefasst:

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme

Beschlussvorschlag

Begründung

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>B1 mit Schreiben vom 08.04.2018</p> <p>Im Zuge der Änderung des Flächennutzungsplanes zur Realisierung des Schulprojektes der "Freien christlichen Schulen Bonn/Rhein-Sieg (FCSB)" soll die unbebaute Fläche zwischen Tempelstraße und Malteserweg als "Gemeinbedarf" ausgewiesen werden. Inzwischen sind nach unserem Kenntnisstand die FCSB von dem Plan zurückgetreten, in diesem Bereich einen Kindergarten zu errichten, so dass zumindest im Bereich „Oedekoven Flur 4 Flurstück 385" kein Gemeinbedarf besteht. Im gesamten Bereich der Gemeinde Alfter besteht ein eklatanter Mangel an Wohnraum. Unter diesem Aspekt beantragen wir daher, das Flurstück 385 nicht dem Geltungsbereich "Gemeinbedarf" zuzuweisen, sondern es als "Wohnfläche" auszuweisen.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>	<p>Das Flurstück 385 soll weiterhin mit in die Planung einbezogen werden. Auch nach dem Entfall der Planung einer Kindertagesstätte ist eine Einbeziehung dieses Grundstückes wünschenswert, um zwischen der geplanten Schule und der Turnhalle ausreichend Stellplätze und Wegeverbindungen zu ermöglichen.</p> <p>Zwischen Eigentümer und der Verwaltung der Gemeinde Alfter wurden in der Zwischenzeit Gespräche geführt. Hier konnte eine grundsätzliche Zustimmung zur Inanspruchnahme des Grundstücks herbeigeführt werden unter der Voraussetzung, dass ein Ersatzgrundstück zur Verfügung gestellt werden kann. Im weiteren Verfahren soll hier eine vertragliche Übereinkunft erzielt werden. Zum derzeitigen Zeitpunkt ist es demnach vorgesehen, das Grundstück weiterhin in die Planung einzubeziehen.</p>
<p>B2 mit E-Mail vom 08.04.2018</p> <p>Bezüglich der Wahl des Veranstaltungsortes in den Räumen der Freien Christlichen Schule zur ersten Bürgerversammlung zum Bebauungsplan Nr. 087 „Im Klostergarten" in der Ortschaft Oedekoven am kommenden Dienstag 10.04.2018 um 17.00 Uhr schreibt der Stellungnehmer mit großer Besorgnis und Bestürzung.</p> <p>Eine solche, von der Gemeinde Alfter initiierte, Informationsveranstaltung in den Räumen einer der beteiligten Parteien stattfinden zu lassen, hält der Stellungnehmer für unnötig, geschmacklos und moralisch mehr als verwerflich. Zudem ist er sich nicht sicher, ob dies mit dem geltenden Recht in Einklang steht.</p> <p>Gekrönt würde das Ganze noch von der "Versorgung" der Teilnehmer mit Kaffee und Kuchen durch die Eitern der Kinder der Freien Christlichen Schule. Möchte man die Teil-</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Der Veranstaltungsort wurde aus folgenden Gründen gewählt. Der Hauptgrund für den gewählten Veranstaltungsort war, dass sich jeder ein Bild von der aktuellen Situation der Schule machen kann. Darüber hinaus liegt der Veranstaltungsort ortsnahe zum Plangebiet und verfügt über ausreichend große Räume. Die angebotene Verpflegung stellte lediglich ein Angebot an die Besucher dar und war an keinerlei Bedingungen etc. geknüpft.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>nehmer durch solche Maßnahmen mit Argumenten oder Kuchen überzeugen? Oder steht hier ein plumpes, wie der Stellungnehmer es bei der Gemeinde und seinen Vertretern schon geschehen vermute, "Honig ums Maul schmieren" im Vordergrund? Bei ihm hinterlässt dies alles einen sehr faden Beigeschmack.</p> <p>Wahrscheinlich würden die Bürger erst nach Jahrzehnten in den Biografien der Beteiligten lesen, wie es sich alles wirklich zugetragen hat und wer mit wem damals, also heute, verbandelt war / ist und wer wem gerne aus der Hand gegessen hat / isst. Apropos Essen, wie sagt man doch so schön, das Ganze hat schon jetzt ein "Geschmäcke"!</p>		
<p>B3 mit Schreiben vom 09.04.2018</p> <p>Im Zuge der frühzeitigen Beteiligung der Bürger zu dem Bauvorhaben hat der Stellungnehmer davon Kenntnis erhalten, dass der Bebauungsplan / Flächennutzungsplan für das Objekt in 53347 Alfter, Am Tempelhof 6 + 6a von Mischgebiet in die Sondernutzungsfläche für Kita und Schule einbezogen und entsprechend geändert wurde. Als Eigentümer erhebt ein Bürger Einspruch gegen die Änderung des Bebauungs-/Flächennutzungsplanes. Diese Änderung wird für rechtswidrig gehalten, da das Objekt automatisch abgewertet wird. Hiermit bittet der Stellungnehmer um Stellungnahme bis spätestens 25.04.2018.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p>	<p>Das angesprochene Grundstück wird sowohl aus dem Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung sowie auch aus dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes heraus genommen.</p>
<p>B4 mit Schreiben vom 09.04.2018</p> <p>Der Stellungnehmer möchte hiermit erhebliche Bedenken gegen den Bau des Schulcampus mit Kindergärten äußern und bittet die Entscheidung zum Bau des Schulcampus nebst Kindergarten zu überdenken.</p> <p>Wie der Gemeinde bekannt ist, liegen die zu bebauenden</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Prüfung im weiteren Verfahren.</p>	<p>entfällt</p> <p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens erfolgt eine</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>Grundstücke unmittelbar unter der Stromtrasse. Langzeitstudien in Großbritannien und den USA gehen von einer Gesundheitsgefährdung durch Stromtrassen aus. In Deutschland wurden diese Studien unverständlicherweise bisher nicht durchgeführt. In diesen Langzeitstudien wurde festgestellt, dass gerade Kinder, die unmittelbar an diesen Stromtrassen leben häufiger an Leukämie erkrankten. Abgesehen von den übrigen Beeinträchtigungen durch die elektrischen Felder und die magnetische Induktion, welche die Stromtrassen erzeugen (z.Bsp. Schlafmangel, Kopfschmerzen etc.). Hier sollten je nach Mastgeometrie und nt. Belastung Abstände von 30 mtr. bis 200 mtr. eingehalten werden. Einen entsprechenden Ausschnitt der Ausarbeitung des Wissenschaftsladens Bonn fügt der Stellungnehmer zur Kenntnisnahme bei.</p> <p>Der Stellungnehmer betont, dass selbst der Netzbetreiber und das Bundesamt für Strahlenschutz im Zweifelsfall einen Abstand von Wohngebäuden zu den Stromleitungen von mind. 400 mtr. empfiehlt. Des Weiteren gilt z. Zt. die 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, novelliert im August 2013 (Grenzwerte EU Ratsempfehlung). Diese Abstände werden bei Weitem nicht eingehalten. Es handelt sich hierbei um einen Abstand von max. 30 mtr. Dieser Abstand gilt im Prinzip nur als Sicherheitsabstand für den Ernstfall, so dass Feuerwehrfahrzeuge ect. im Ernstfall durchfahren können.</p> <p>In diesem Zusammenhang verweist der Stellungnehmer auch auf eine Internetseite zu „Stromnetz Bürgerbeteiligung“. Hier werden unter anderem in einem Film die Funktion der Strommasten und ihre Einflüsse erläutert.</p> <p>Dem Stellungnehmer ist unverständlich, dass der Förderverein der freien christlichen Schule nicht nur eine Schule mit Sporthalle, sondern auch einen Kindergarten errichten will. Auch wenn nur 20 % der Studien und Empfehlungen auf diesen Fall zutreffen und nur ein Kind an Leukämie erkranken sollte, ist es ein Kind zu viel. Der Stellungnehmer hält daher eine Entscheidung zum Bau des Schulcampus nebst Kindergarten an die-</p>		<p>Untersuchung des Elektrosmog. Im Rahmen der Untersuchung ist zu prüfen, welche Abstände von der Höchstspannungsleitung einzuhalten sind. Einer ersten Einschätzung bzgl. des Elektrosmog ist zu entnehmen, dass die im LEP NRW genannten Abstände von (nach Möglichkeit) 400 m für Schulen, Kindertagesstätten etc. zu Höchstspannungstrassen ab 220 kV im dicht besiedelten NRW kaum praktikabel sind. Des Weiteren orientieren sie sich auch nicht an wissenschaftlich begründbaren Vorsorgegrichtwerten für elektromagnetische Feldimmissionen durch Hochspannungsleitungen. Sie dienen in erster Linie den Bedürfnissen der Leitungsbetreiber nach Konfliktminimierung beim Ausbau vorhandener Hochspannungstrassen. Im LEP wird dargelegt, dass der genannte Abstand bei neuen Höchstspannungsleitungen ausnahmsweise unterschritten werden kann, wenn gleichwohl ein gleichwertiger vorsorgender Schutz der Wohnumfeldqualität gewährleistet ist oder keine andere technisch geeignete und energiewirtschaftsrechtlich zulässige Variante die Einhaltung der Mindestabstände ermöglicht.</p> <p>Das Land Nordrhein-Westfalen hat abweichend der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung (26. BImSchV) eigene Regelungen zum vorsorgenden Gesundheitsschutz bei elektromagnetische Immissionen durch Hochspannungsleitungen erlassen, die über die Anforderungen der 26. BImSchV hinausgehen. Seit 1998 gilt in Nordrhein-Westfalen für die Planung von neuem Wohnraum ein Abstandserlass, der einen seitlichen Abstand zur Trassenmitte bei 110 kV-Hochspannungsleitungen von mindestens 10 m, bei 220 kv-Leitungen von mindestens 20 m und bei 380 kV-Leitungen von mindestens 40 m vorschreibt. Diese Abstände werden durch die Planung eingehalten.</p> <p>Eine Kindertagesstätte wird nun nicht mehr geplant.</p> <p>Im weiteren Verfahren wird geprüft, welche Möglichkeiten für die Schule bestehen, um das Konfliktpotenzial zwi-</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>sem Standort nicht für vertretbar. Der Stellungnehmer ist der Meinung, dass sich die Gemeindeverwaltung und die Entscheidungsträger hier mitschuldig machen, sofern man dem Bau des Schulcampus genehmigt.</p> <p>Der Stellungnehmer beantragt daher, dass ein Gutachten eines Baubiologen, der auf diese Fälle spezialisiert ist, in Auftrag zu geben. Ein einfaches Immissionsschutzgutachten reicht bei Weitem nicht aus.</p> <p>Vor allen Dingen verweist der Stellungnehmer auch auf den Beschlussvorschlag zur Ausschusssitzung vom 1.12.2016 hin. Hierbei soll lt. Amprion, dem Betreiber der Stromtrasse bei bauplanungsrechtlichen Ausweisungen von neuen Baugebieten, welchen hierbei der Fall ist, unter anderem insbesondere von Schulen und Kindertagesstätten nach Möglichkeit ein Abstand von mind. 400 mtr. zu rechtlich gesicherten Stromtrassen eingehalten werden. Dieser Abstand wird hier bei Weitem nicht eingehalten. Dem Stellungnehmer ist unverständlich, dass dieser Aspekt in der Ausschusssitzung überhaupt nicht zur Diskussion gestellt wird. Diese Stellungnahme der Ambri- on ist seines Erachtens ein absolutes Ausschlusskriterium für den Bau eines Schulcampus und eines Kindergartens.</p> <p>Die Entscheidungsträger und die verantwortlichen Ratsmit- glieder sollten sich dieser Verantwortung bewusst sein.</p> <p>In diesem Zusammenhang verweist der Stellungnehmer auf den Bericht des Generalanzeigers über die anstehende Um- stellung der Masten von Dreh- auf Gleichstrom Anfang 2017. Diese Umstellung wurde bis heute noch nicht durchgeführt. Allerdings würde diese Umstellung eine stärkere Belastung der Stromtrasse und damit eine höhere Gesundheitsgefährdung bedeuten. Dieser Sachverhalt müsste von einem Experten überprüft werden.</p> <p>Folgende elementare Dinge sprechen ebenfalls gegen den Bau des Schulcampus:</p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p>	<p>schen dieser sowie der bestehenden Höchstspannungs- leitungen zu verringern.</p> <p>Gesetzliche Regelungen erfolgten über die 26. BImSchV. Hier werden Grenzwerte für gesetzliche Grenzwerte fest- gesetzt. Diese Anforderungen der 26. BImSchV werden gemäß einer Ersteinschätzung deutlich eingehalten.</p> <p>Der in Deutschland gültige gesetzliche und damit auch rechtlich verbindliche Grenzwert für die Immissionen durch Magnetfelder von Hochspannungsleitungen des öffentlichen Stromnetzes beträgt gemäß der 26. BImSchV 100.000 nT (Nanotesla). Dieser Grenzwert gilt offiziell auch für Daueraufenthaltsbereiche von Personen. Er wur- de bei den Messungen auf dem Plangebiet zu knapp 1,6 % ausgeschöpft. Der Grenzwert für Immissionen durch elektrische Felder von Hochspannungsleitungen beträgt 5.000 V/m (Volt pro Meter). Dieser Grenzwert wurde bei den Messungen vom 29.12.2016 zu knapp 6,3 % ausge- schöpft.</p> <p>Vorsorgeorientierte Regelungen empfehlen jedoch erheb- lich niedrigere Richtwerte. Das Land Nordrhein-Westfalen hat daher eigene Regelungen zum vorsorgenden Ge- sundheitsschutz bei elektromagnetische Immissionen durch Hochspannungsleitungen erlassen, die über die Anforderungen der 26. BImSchV hinausgehen. Seit 1998 gilt in Nordrhein-Westfalen für die Planung von neuem Wohnraum ein Abstandserlass, der einen seitlichen Ab- stand zur Trassenmitte bei 110 kV-Hochspannungs- leitungen von mindestens 10 m, bei 220 kv-Leitungen von mindestens 20 m und bei 380 kV-Leitungen von mindes- tens 40 m vorschreibt. Diese Abstände werden durch die Planung eingehalten.</p> <p>Die leichte Hanglage stellt keinen Belang dar, warum der Schulcampus nicht im Plangebiet verortet werden kann.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<ul style="list-style-type: none"> - Standort ist ungeeignet (leichte Hanglage) - Objekt ist für diesen Standort überdimensioniert - Ortsbild von Oedekoven wird zerstört - Gesamtschule dient nicht dazu, den Bedarf in Alfter aufzufangen - Schüler werden mit Bussen oder per PKW gebracht (teilweise werden Schüler aus einer Umgebung von ca. 40 km herangefahren (Schultourismus, der vermieden werden sollte) bisherige Verkehrsprobleme werden verstärkt. Probleme entstehen zwischen 7:30 Uhr bis 8:30 Uhr. Im Verkehrsgutachten wird das Verkehrsaufkommen zwischen 6:00 Uhr und 10:00 Uhr gemessen. Dadurch wird das Verkehrsaufkommen entschärft und das eigentliche Problem verschleiert) - CO2 Werte werden extrem erhöht - Das Problem einer fehlenden weiterführenden Schule in Alfter, die auch die Schüler aus Alfter auffängt, wird nicht gelöst, sondern verstärkt - Das Finanzierungskonzept des Investors muss geprüft und offengelegt werden. <p>Der Stellungnehmer fordert daher alle Verantwortlichen und Entscheidungsträger auf, sich nochmals intensiv und kritisch mit Bau des Schulcampus zu befassen. Es handelt sich hierbei nicht um ein vermeintliches Geschenk, auch wenn es die Gemeindeverwaltung zurzeit keine Kosten verursacht. Immerhin wird jeder einzelne Bürger als Steuerzahler damit belastet, da 87 % der lfd. Kosten der Schule vom Land NRW bzw. dem Steuerzahler getragen werden. Der Privatinvestor erwartet für die Vermietung hier immerhin eine entsprechende Rendite. Hier ist auch zu prüfen, inwieweit der Förderverein der Schule in der Lage ist, die restlichen 13 % der Kosten zu tragen.</p> <p>Der Stellungnehmer schlägt vor, die Gemeinde sollte folgende Dinge zur Auflage machen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - mind. 200 Schüler sollten aus der Gemeinde Alfter aufgenommen werden müssen 	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>	<p>Aufgrund der Stellungnahmen im Rahmen der Veranstaltungen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung wurde auf die Kindertagesstätte verzichtet, sowie das Schulgebäude verkleinert. So wurde die Zahl der Vollgeschosse entlang der Straße „Im Klostergarten“ von vier auf drei Vollgeschosse reduziert.</p> <p>Das Ortsbild wird sich in der Tat ändern. Dieser Belang wird, ebenso wie weitere Umweltbelange, z.B. die Luftbelastung (CO2) in die Umweltprüfung eingestellt.</p> <p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird ein Verkehrsgutachten erstellt. Erste Untersuchungen zeigen, dass die Verkehre über die bestehenden Straßen abgewickelt werden können. Aufgrund der Reduzierung der Schüler sowie dem Entfall der Kindertagesstätte reduzieren sich die Neuverkehre.</p> <p>Eine Verstärkung des Problems einer fehlenden weiterführenden Schule in Alfter wird nicht gesehen, da die Planung einer gemeindlichen Schule unabhängig von der hier vorgelegten Planung zu sehen ist.</p> <p>Wie bei anderen privaten Planungen auch, ist es nicht vorgesehen, Finanzierungskonzepte von privaten Trägern offen zu legen.</p> <p>Im Rahmen der Bauleitplanverfahren werden sich die Entscheidungsträger der Gemeinde Alfter mit sämtlichen eingegangenen Punkten beschäftigen um zum Satzungsbeschluss hin eine abschließenden Abwägung vornehmen.</p> <p>Entsprechende Festsetzungen überschreiten die Regelungsmöglichkeiten eines Bebauungsplanes.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

Zu den Stellungnahmen aus der Öffentlichkeits- sowie Träger- und Behördenbeteiligung werden nach erfolgter Interessenabwägung folgende Beschlüsse gefasst:

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<ul style="list-style-type: none"> - mind. 20 % der Gesamtschülerzahl sollten Andersgläubige ausmachen, um den Bedarf von Migrationskindern abzudecken 	Der Anregung wird nicht gefolgt.	Entsprechende Festsetzungen überschreiten die Regelungsmöglichkeiten eines Bebauungsplanes.
<ul style="list-style-type: none"> - die Gesamtschule sollte max. dreigeschossig sein 	Der Anregung wird gefolgt.	Die Zahl der Vollgeschosse entlang der Straße „Im Kloostergarten“ wurde von vier auf drei Vollgeschosse reduziert.
<ul style="list-style-type: none"> - die Sporthalle sollte lediglich 3-fach sein 	Der Anregung wird nicht gefolgt.	Eine Verringerung der Sporthalle erfolgt nicht, da die Kapazitäten weiterhin notwendig sind.
<ul style="list-style-type: none"> - um Parkplatzprobleme im Wegscheid und in der Ginggasse zu lösen, welche durch den Schulcampus verstärkt werden, sollte eine Tiefgarage unterhalb der Sporthalle gebaut werden. Dieses setzt voraus, dass die Schule gegenüber Aldi errichtet und die Sporthalle am Kloostergarten erstellt wird 	Der Anregung wird nicht gefolgt.	Auf dem Grundstück selbst wird eine ausreichende Anzahl von oberirdischen Stellplätzen geschaffen. Eine Tiefgarage wird nicht erforderlich. Darüber hinaus ist vorgesehen, keine Erschließung der Schule aus nördlicher Richtung vorzusehen, sodass keine Hol- und Bring- bzw. Park-Verkehr im Bereich der Straßen „Wegscheid“ bzw. Ginggasse zu erwarten sind.
<ul style="list-style-type: none"> - Bankbürgerschaften sollten gefordert werden, die gewährleisten, dass eine Errichtung der Gebäude gewährleistet ist und die Finanzierung des Schulcampus gesichert ist 	Der Anregung wird nicht gefolgt.	Wie bei anderen privaten Planungen auch, ist es nicht vorgesehen, Finanzierungskonzepte von privaten Trägern offen zu legen.
<p>Ausreichend Grünfläche sollte gewährleistet werden, welche ökologisch für diesen Streifen sehr wertvoll ist.</p>	Der Anregung wird gefolgt.	Das Konzept sieht zu den Nachbargrundstücken Grünflächen bzw. Anpflanzungen vor. Im weiteren Verfahren werden diese genauer definiert.
<p>Der Stellungnehmer hofft, dass alle Anregungen im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung berücksichtigt und geprüft werden.</p>	Kenntnisnahme	Es wird auf die vorstehenden Abwägungspunkte verwiesen.
<p>B5 mit Schreiben vom 20.04.2018 (Unterschrieben von insgesamt acht Personen bzw. Familien)</p>		
<p>Die Stellungnehmer nehmen auf die Baumaßnahme wie folgt Stellung</p>	Kenntnisnahme	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Grundsätzlich soll die Variante 2 (Stand 10.04.2018) weiter verfolgt werden. Aufgrund der Stellungnahmen im Rahmen der Veranstaltungen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>1. Bauplanung Variante 2</p> <p>Diese Planung, wenn sie zu Ausführung gelangen würde, ist ca. 15 m von dem Gebäude eines Bürgers entfernt. Den Stellungnehmern ist bewusst, dass der entstehende Lärm, abgesehen von der enormen Höhe des Gebäudes (wenig Sonne usw.) keine gesunde Auswirkung auf sie hat. Wie bei der Besprechung vom Schulleiter mitgeteilt wurde, soll die geplante Kantine auch für die freie Veranstaltung zur Verfügung stehen. D.h. tagsüber Schüllärm und abends womöglich Lärm durch feiernde Leute.</p> <p>2. Variante 6</p> <p>Bei dieser Variante ist ein Pausenhof direkt an den Garten eines Stellungnehmers geplant. Der Stellungnehmer befürchtet, dass eine Benutzung des Gartens nur bedingt gewährleistet ist (Lärm und neugierige Blicke).</p> <p>Beide Bauvarianten hinterlassen, bedingt durch die enorme Bauhöhe, bei den Anwohnern ein Gefühl von Arrestanten in der JVA.</p> <p>Wenn die Planung (Variante 2 oder 6) zur Ausführung freigegeben wird, muss der Bauträger dafür Sorge tragen, dass die Stellungnehmer von Lärm und anderen Belästigung verschont bleiben.</p> <p>B6 mit Schreiben vom 22.04.2018</p>		<p>wurde neben dem Verzicht auf die Kindertagesstätte auch das Schulgebäude verkleinert. So wurde die Zahl der Vollgeschosse entlang der Straße „Im Klostergarten“ von vier auf drei Vollgeschosse reduziert, sodass die Auswirkungen auf die Nachbarn geringer ausfallen. Die Schulhöfe sollen durch das geplante Gebäude umschlossen werden, sodass der Schüllärmwirksam von den angrenzenden Wohngebäuden abgeschirmt wird.</p> <p>Im weiteren Verfahren wird ein Lärmgutachten erstellt, welches den Lärmschutz nachweisen wird, bzw. auszuweisen wird, ob weitere Lärmschutzmaßnahmen erforderlich werden.</p>
<p>Gerne kommt der Stellungnehmer zurück auf die während der Veranstaltung betonte Aufforderung sich als betroffener Bürger zu der geplanten Bebauung mit der freien Christlichen Schule (FCS) im Sinne einer Bürgerbeteiligung zu äußern und Vorschläge einzubringen. Der Stellungnehmer möchte sich zuerst als betroffener Anwohner aus Oedekoven vorstellen, der im alten Ortskern aufgewachsen ist.</p> <p><u>Allgemeine Anmerkung zum Bauvorhaben:</u> Das bislang vom Vorhabenträger für das Hauptgebäude vor-</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>	<p>entfällt</p> <p>Aufgrund der Stellungnahmen im Rahmen der Veranstal-</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>gesehene Gelände ragt mitten in den alten Ortskern; die gewachsene Wohnbebauung würde dieses U-förmig umgeben. Eine Bebauung sowohl in Atrium- als auch in S-Form in der vorgesehenen Dimension würde den seit jeher bestehenden Ortscharakter ganz offensichtlich zerstören. Es sollte daher im Interesse aller sein, eine solche Bausünde zu vermeiden.</p>		<p>tungen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung wurde das Schulgebäude verkleinert. So wurde die Zahl der Vollgeschosse entlang der Straße „Im Klostergarten“ von vier auf drei Vollgeschosse reduziert, sodass die Auswirkungen auf die Nachbarn geringer ausfallen.</p>
<p>Die Notwendigkeit der Ansiedlung gerade in der Gemeinde Alfter kann angesichts der zur Verfügung stehenden Schulgebäude am Rathaus sowie auch der ganz überwiegend auswärtigen Schüler durchaus bezweifelt werden. Der stv. Schulleiter Hr. Giltje äußerte am 10.4., dass z.Zt. rd. 25 % Alfterer in der 10. Klasse sind. Dies wird so stimmen; aber wäre es nicht sinnvoller zu verifizieren, wie viele Schüler insgesamt auf der FCS sind und wie viele davon tatsächlich und namentlich in der Gemeinde Alfter wohnen. Hieraus ergäbe sich eine aussagekräftige Relation.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Im Gemeindegebiet von Alfter befindet sich derzeit keine weiterführende Schule, sodass ein Bedarf an weiterführenden Schulen unzweifelhaft gegeben ist. Auch steht diese Planung nicht in Konkurrenz zur geplanten Dependence mit der Gesamtschule in Rheinbach.</p> <p>Festsetzungen bzgl. der Herkunft der Schülerinnen bzw. Schüler überschreiten die Regelungsmöglichkeiten eines Bebauungsplanes.</p>
<p><u>Verbesserungsvorschläge:</u></p>		
<p>1. Austausch Schulgebäude mit Turnhalle Es sollte einmal geprüft werden, ob das Schulgebäude und die Turnhalle nicht standortgemäß ausgetauscht werden können. Das Gelände an der Turnhalle hat nämlich keine nah angrenzende umfassende dichte Wohnbebauung. Sollte die dortige Fläche noch als etwas zu klein angesehen werden, sind die Grundstückseigentümer (mit nördlicher Lage Richtung Rathaus) nach dem Wissen des Stellungnehmers durchaus gesprächsbereit. Das dort angrenzende große freie Areal böte zudem Potenzial für zukünftige Erweiterungen der Schule (es wurde ja schon erwähnt, dass fünf- oder sogar sechs Klassenzüge angestrebt werden).</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>	<p>Aufgrund der bestehenden Grundstückseigentumsverhältnisse ist ein Tausch von Schule und Turnhalle nicht möglich (es sei denn, ein fünf- geschossiges Gebäude würde für die Schule auf dem östlichen Grundstück akzeptiert). Darüber hinaus würde eine Sporthalle auf dem geplanten Schulgrundstück zu möglichen Immissionschutzkonflikten mit der unmittelbar angrenzenden Wohnbebauung führen.</p>
<p>2. Campusartige Aufteilung der Schulgebäude Ein weiterer alternativer Vorschlag betrifft das Schulgebäude selbst. Es besteht auch Sicht des Stellungnehmers kein zwingendes Erfordernis, dass die Verwaltung und sämtliche Unterrichtsräume in nur einem Gebäudekomplex untergebracht sein müssen. Hier regt der Stellungnehmer an, das Schulgebäude</p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p>	<p>Eine Entwicklung des Plangebietes als Campus (mehrere Gebäude) wird nicht verfolgt, da dadurch die internen Schulabläufe nicht optimiert werden können. Darüber hinaus könnten bei einer Campuslösung die Pausenflächen nicht innerhalb eines Hauptbaukörpers unterge-</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>dadurch zu verkleinern, dass bestimmte Räumlichkeiten (z.B. Oberstufe, technische Klassen u.Ä.) ausgelagert werden und die Schule damit campusartig auf mehrere Gebäude zu verteilen. Auch hier bietet das in Punkt 1 genannte Areal hinreichend Potential.</p> <p>Der Stellungnehmer würde sich freuen, wenn die o. g. Vorschläge – die auch von weiteren Anwohnern so geteilt werden – ernsthaft aufgenommen und in die weiteren Planungen einfließen würden.</p> <p>B7 mit Mail vom 24.04.2018</p> <p>Soeben ist der Stellungnehmer von seiner Mitarbeiterin auf die öffentliche Bekanntmachung zum o.a. B-Plan aufmerksam gemacht worden. Die Mitarbeiterin ist mit Herrn ... verheiratet, dessen vormalige Ehefrau ... Eigentümerin des wohl im Geltungsbereich der 4. FNP-Änderung liegenden Grundstücks Malteserweg 8 ist.</p> <p>Der FNP ist zwar bekanntermaßen nicht parzellenscharf. Dennoch würde der Stellungnehmer gerne wissen, ob das v. g. Grundstück, dessen Parzellenbezeichnung der Stellungnehmer selbst noch nicht kennt, von der o.a. Bauleitplanung betroffen ist oder nicht. Im Hinblick auf eine spätere erbrechtliche Grundstücksverfügung (zugunsten der gemeinsamen Tochter der vormals verheirateten Eheleute ...) besteht ein Interesse daran, dass dieses Grundstück nicht von der Darstellung einer Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung „Gesamtschule, Kindertagesstätte und Sporthalle“ betroffen ist. Denn dann stellte sich die Frage nach dem (erweiterten) Bestandsschutz für das bebaute Grundstück, das auf der Anlage 1.2 bei der bisherigen Darstellung noch erkennbar, aber in der geänderten Darstellung eben nicht mehr erkennbar ist.</p> <p>Der Stellungnehmer bittet nach Möglichkeit zeitnah dies zu bestätigen, zumal die Beteiligungsfristen nach § 3 Abs. 1 BauGB bereits zum 30.04.2018 enden?</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p>	<p>bracht werden, welches zu höheren Lärmemissionen führen würde.</p> <p>Das angesprochene Grundstück wird sowohl aus dem Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung sowie auch aus dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes heraus genommen.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>Sollten, aus welchen Gründen auch immer, die Gemeinde und/oder die Politik dennoch an dem Projekt festhalten, wird angeregt, alles dafür zu unternehmen, die Schule auf dem Planfeld C unterzubringen. Nach Informationen des Stellungnehmer wäre es unter Umständen möglich, dass der Investor dort noch weitere Grundstücke hinzukaufen kann, damit die Schule nicht – wie vom Vorhabenträger behauptet – noch ein Stockwerk höher ausfallen müsste. Schaut man sich den beigefügten Plan an, sieht man, dass das Planfeld C schon jetzt etwa die gleiche Größe hat wie Feld A. Mit den zusätzlichen Grundstücken wäre nicht nur die Fläche größer, sondern auch der Abstand zu der vorhandenen Wohnbebauung ganz deutlich größer.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>	<p>Aufgrund der bestehenden Grundstückseigentumsverhältnisse ist ein Tausch von Schule und Turnhalle nicht möglich (es sei denn, ein fünf- geschossiges Gebäude würde für die Schule auf dem östlichen Grundstück akzeptiert). Darüber hinaus würde eine Sporthalle auf dem geplanten Schulgrundstück zu möglichen Immissionschutzkonflikten mit der unmittelbar angrenzenden Wohnbebauung führen.</p>
<p><u>Verkehr</u> Aus Sicht der Stellungnehmer ist der zu erwartende erhebliche Mehrverkehr im Bereich des geplanten Areals ein mindestens ebenso wichtiges Argument gegen die Realisierung des Schulbaus an dieser Stelle. Durch die Fertigstellung der K12n und den Bau der Almabrücke und die damit verbundene Anbindung der A555 an die A565 ist der Verkehr auf der Alfterer Straße in den letzten Jahren geradezu explodiert. Wenn die Ingenieurgruppe IVV in ihrem Zwischenbericht zusammenfassend keine Probleme erwartet bezüglich des zusätzlichen Verkehrsaufkommens durch die geplante Schule plus Kita, dann ist dies durch den täglichen Blick auf die Alfterer Straße und die Staus vor der Almabrücke anzuzweifeln.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird der Zwischenbericht auf die aktuelle Planung angepasst und ggf. erforderliche Maßnahmen bestimmt. Durch den Entfall der Kindertagesstätte sowie der Reduzierung der Schüleranzahl wird das vom Verkehrsplaner prognostizierte Verkehrsaufkommen deutlich vermindert, sodass die Auswirkungen noch geringer ausfallen werden, als im Zwischenbericht prognostiziert.</p>
<p>Da das Gutachten vom Vorhabenträger in Auftrag gegeben wurde, wird angeregt, bei einer so zentral wichtigen Frage ein weiteres neutrales Gutachten einzuholen.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>	<p>Es stellt einen üblichen Weg in der Bauleitplanung da, dass die Fachgutachten durch die Investoren / Projektentwickler bezahlt werden. Die Gutachten werden davon unabhängig neutral von den Fachämtern geprüft, sodass kein Zweifel an der Neutralität der Gutachten besteht.</p>
<p>Auch muss sichergestellt werden, dass der in den nächsten Jahren anstehende Neubau des Tausendfüßlers, dessen Bauzeit mindestens 5 ½ Jahre in Anspruch nehmen soll, in der Berechnung mit berücksichtigt wird. Die K12n wird während dieser Zeit ein Erhebliches an Mehrverkehr aufnehmen müs-</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Entsprechende Regelungen bzw. Verkehrslenkungen sind im Rahmen des Neubaus des Tausendfüßlers, nicht jedoch im Rahmen dieses Bebauungsplanverfahren zu regeln.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

Zu den Stellungnahmen aus der Öffentlichkeits- sowie Träger- und Behördenbeteiligung werden nach erfolgter Interessenabwägung folgende Beschlüsse gefasst:

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>sen, der zu dem jetzt bereits hohen Verkehrsaufkommen hinzukommt. Weiterhin sollte auch die eventuell anstehende Schließung des Bahnübergangs an den Weckwerken mit berücksichtigt werden.</p>		
<p>Sollte die Schule auf dem Planfeld C gebaut werden, wäre zu prüfen, ob nicht zumindest der Bring- und Holverkehr von der Alfterer Straße aus über den nach unten hin geöffneten Klostergarten (an dem Gebäude der Zeugen Jehovas vorbei) bis zum Schulgebäude und in einer Schleife zurück, zu realisieren wäre, so dass die Busse gar nicht über den kleinen Kreisel am Aldi fahren müssten.</p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p>	<p>Gemäß den bereits vorliegenden Verkehrsuntersuchungen können die Verkehre über das bestehende Straßennetz abgewickelt werden, sodass eine Durchbindung der Straße „Im Klostergarten“ im Zuge der Realisierung dieses Projektes nicht verfolgt werden soll.</p>
<p>Gegenüber den Anwohnern wurde immer wieder das Argument vorgebracht, man könne froh sein, kein Gewerbe, sondern eine Schule als „Nachbarn“ zu bekommen und somit am Wochenende und Abend sicher Ruhe zu haben. Wenn Herr Wiegel nun – entgegen früherer Verlautbarungen – jetzt betont, die geplante Vierfachturnhalle solle auch Vereinen und privaten oder gemeindlichen Veranstaltungen zur Verfügung stehen, müssen die Anwohner nicht nur mit dem Schul- und Verkehrslärm während der Schulzeiten, sondern auch mit zusätzlichem Verkehr und Lärm am Abend und am Wochenende rechnen. Der Stellungnehmer bittet eindringlich, diese für alle Anwohner schlimme Vorstellung nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Bitte stellen Sie sich einmal vor, Ihr Haus stünde am Malteserweg, Tonweg oder Wegscheid.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Detaillierte Regelungen der Turnhalle erfolgen im Rahmen der Baugenehmigung. Seitens des Betreibers ist nicht mehr vorgesehen, die Turnhalle in der Nachtzeit zu nutzen. Ebenso sollen hier im Regelfall keine Großveranstaltungen stattfinden.</p>
<p>Weiterhin müssen die Anwohner oberhalb des geplanten Schulcampus realistischerweise befürchten, dass Eltern, die über den Wegscheid kommend ihre Kinder mit dem Auto zur Schule oder Kindertagesstätte bringen werden, in die dafür nicht geeigneten Straßen Am Tempelhof, Malteserweg, Tempelstraße, Tonweg fahren werden. Es interessiert den Stellungnehmer sehr, wie die „Anfahrbarkeit des Campus aus nördlicher Richtung ... durch bauliche Maßnahmen ausgeschlossen“ werden sollen (S. 8, Gemeinde Alfter, Öffentliche Erschließung). Die Erfahrung zeigt, dass Eltern nicht davon abzubringen sind, ihr Kind bis möglichst direkt vor die Tür zu</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Eine Anfahrbarkeit der Schule aus nördlicher Richtung ist nicht vorgesehen. So gibt es auch keine Verbindung (motorisierte Verkehr und Fuß- und Radwege) der Gemeinbedarfsfläche zur Straße „Wegscheid“. Eine Anfahrbarkeit aus nördlicher Richtung ist somit nicht gegeben.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>fahren und nicht bereit sind, auf dem Weg zur Arbeit den Umweg über einen dafür vorgesehenen Parkplatz zu nehmen. Gibt es irgendwelche Pläne, die Anlieger durch geeignete Schallschutzmaßnahmen vor dem Mehrverkehr und dem Schalllärm zu schützen?</p>		
<p>In Bezug auf Verkehrslärm und Lärm durch an- und abfahrende Autos bzw. Parkplätze scheint dem Stellungnehmer die Idee einer Tiefgarage unter der geplanten Turnhalle durchaus überlegenswert. Wurde in diese Richtung schon einmal nachgedacht?</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>	<p>Auf dem Grundstück selbst wird eine ausreichende Anzahl von oberirdischen Stellplätzen geschaffen, welche gemäß den gesetzlichen Anforderungen vor Lärmemissionen errichtet werden. Eine Tiefgarage wird nicht erforderlich.</p>
<p><u>Schule/Schulträger</u> Eine fortführende Schule für Alfter wäre unbestritten positiv. Aus Sicht des Stellungnehmers wäre es jedoch wünschenswert, wenn dies wirklich eine Schule für alle Alfterer Schüler wäre und nicht eine freikirchliche Schule, in der nach eigener Aussage 90% aller Schüler ein nicht unerhebliches Schulgeld bezahlen. Die Tatsache, dass nur etwa 25% der Schüler in der jetzigen Schule am Schöntalweg aus Alfter kommen, spricht für sich.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Festsetzungen bzgl. der Herkunft der Schülerinnen bzw. Schüler bzw. der Religionszugehörigkeit überschreiten die Regelungsmöglichkeiten eines Bebauungsplanes.</p>
<p>Zwei Gesichtspunkte scheinen dem Stellungnehmer hier wichtig zu sein: 1. Entsteht nicht eine Art Konkurrenzsituation dadurch, dass für eine Kooperation mit den Gesamtschulen Rheinbach oder Bornheim eine gewisse Anzahl an Schülern aus Alfter nachgewiesen werden muss, die dann vielleicht knapp nicht zustande käme?</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Aufgrund der unterschiedlichen Ansätze der Schulformen besteht keine Konkurrenzsituation der Schulen. Beide Schulen (FCSB sowie Dependance) können nebeneinander betrieben werden.</p>
<p>Noch wichtiger scheint dem Stellungnehmer aber die Frage zu sein, was geschieht, wenn die FCSB nicht auf die für das Schulgebäude ausgelegte Anzahl von ca. 850 Schülern käme und die monatlichen Kosten, besonders für die Miete, nicht aufbringen kann. Ist in diesem Fall eine finanzielle Belastung für die Gemeinde ausgeschlossen und was würde aus dem Gebäude? Sollte sich die Gemeinde nicht im Vorfeld diesbezüglich nachvollziehbare Garantien einholen?</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Wie bei anderen privaten Planungen auch, ist es nicht vorgesehen, Finanzierungskonzepte von privaten Trägern offen zu legen. Die FSCB ist schon lange in Alfter ansässig und es wird davon ausgegangen, dass die angestrebte Schüleranzahl (von nun 780) auch erreicht wird.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>Ist es möglich, das ganze Projekt kleiner zu gestalten? Können die angestrebten Schülerzahlen nicht verringert werden? Es ist beispielsweise anzuzweifeln, dass nur eine Vierfachturnhalle die nötige Kapazität für die geplante Schulgröße bietet. Das Bonner Collegium Josephinum existiert sehr gut mit einer Dreifachturnhalle bei einer ungefähren Schülerzahl von 1.200 und hat vergleichbarerweise ein Gymnasium und eine Realschule integriert.</p>	Der Stellungnahme wird gefolgt.	Die geplante Schülerzahl wurde von 825 auf 780 Schüler reduziert. Ebenfalls wurde auf die Errichtung der Kindertagesstätte verzichtet.
<p>Außerdem interessiert es den Stellungnehmer, wo die sicherlich bei einer Schule dieser Größe sicherlich notwendigen Außensportanlagen geplant sind. Auch dies müsste in die Überlegung, ob die vorhandenen Grundstücke ausreichend sind, mit einbezogen werden.</p>	Kenntnisnahme	Eine Außensportanlage ist nicht vorgesehen.
<p>Der Stellungnehmer bittet um eine kurze Eingangsbestätigung.</p>	Kenntnisnahme	entfällt
<p>B9 mit Schreiben vom 27.04.2018</p>		
<p>Zu den Planungen im Rahmen des BP 087 „Im Klostergarten“ hat der Stellungnehmer mehrere Einwände, die sich auf die bis dato vorliegenden Informationen des Fachbereichs Planung und Hochbau, Angaben des Trägervereins „Freie Christliche Schulen Bonn/Rhein-Sieg-Kreis e.V.“ (FCSB) sowie die von Ihnen beauftragten Planungsbüros.</p>	Kenntnisnahme	entfällt
<p>Dies sind im einzelnen:</p>		
<p>Das zur Diskussion stehende Gebiet soll laut Planungskonzept "Campus Klostergarten" eine Gesamtschule mit maximal ca. 825 Schülern plus eine Vierfachturnhalle plus eine Kindertagesstätte (ca. 85 Kinder) = ca. 910 Kinder/ Jugendliche + ca. 12 Fachkräfte Kita + 83 Fachkräfte Schule = 1005 Personen aufnehmen. Die in der von der FCSB angegeben Unterrichtszeit von Zitat" ... 8:15 Uhr bis 16:30 Uhr mit Unterricht und flexiblen Nachmittagsangeboten...". Diese Mehrbelastung an Personen-, Fahrrad-, PKW- und ÖPN-Verkehr ist qualitativ</p>	Kenntnisnahme	<p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens erfolgt eine detaillierte Verkehrsuntersuchung. Anhand der Untersuchungsergebnisse werden anschließend entsprechend notwendige Maßnahmen ermittelt und ins Verfahren eingestellt.</p> <p>Gemäß einem Zwischenbericht mit Stand vom 07.07.2017 wurde auf der Grundlage der Zählung für alle drei untersuchten Knotenpunkte eine ausreichende Leistungsfähig-</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>nach Ansicht des Stellungnehmers zu den relevanten Zeiten von ca. 07:45 Uhr bis 08:15 Uhr und 16:15 Uhr bis 16:45 Uhr über die dargestellten Verkehrswege nicht abbildbar. Zudem fehlen kindersichere Radwege, signalanlagengestauerte Fußgängerüberwege sowie die in der Planung eingezeichneten Haltestellen an der Medinghovener Straße. In den relevanten Zeiten führt heute schon der morgens aus den oberen Gemeindeteilen Impekoven und Oedekoven abfließende Berufsverkehr über die Straße Im Klostergarten (mit einer ohnehin aufgrund der Parksituation schon teilweise problematischen Verkehrssituation) über die Knoten Im Klostergarten/ Ziegelweg, Ziegelweg/ Medinghovener Str. und Medinghovener Str./ Euskirchener Str. zu Verkehrsstörungen (Staus) auf den betreffenden Straßen. An Tagen mit Müllabholung kommt der fließende Verkehr fast vollständig zum Erliegen. Dieselbe Situation ergibt sich nachmittags zum Feierabendverkehr in umgekehrter Richtung und zusätzlich auch noch auf der Medinghovener Str. Richtung Konrad-Adenauer-Damm, wo es zu Rückstauungen vom Knoten Medinghovener Str./ Euskirchener Str. bis zum Knoten Ziegelweg/ Medinghovener Str. und darüber hinaus kommt.</p> <p>Eine Realisierung von Haltestellen beidseitig auf der Medinghovener Straße (beide Fahrspuren einspurig!) hält der Stellungnehmer aufgrund der Frequentierung ebenfalls für problematisch. Auch hier würde es zu Verkehrsstörungen (Staus) mit Auswirkung auf alle o.g. Knoten und die Einmündung kommen. Eine Einrichtung von Haltebuchten für den ÖPNV neben den Fahrspuren ist nach Ansicht des Stellungnehmers baulich nicht gegeben. Die Haltestelle Alfterer Straße als Alternative ist nach Meinung des Stellungnehmers zu weit weg (ca. 630 m) und würde von den Schülern nicht akzeptiert werden. Die in der Planung angegebene Haltestelle Wegscheid liegt deutlich näher, bietet sich aber ebenfalls nicht an, da dieser Haltepunkt/ diese Straße für das Mehraufkommen an ÖPNV nicht ausgelegt ist. Auch hier würde es bedingt durch die erforderliche höhere Taktung des Linienverkehrs und der baulichen Gegebenheiten (Parkbuchten) wieder zu Auswirkungen (Staus) kommen. Zudem ist der Bür-</p>	<p>Prüfung im weiteren Verfahren</p>	<p>keit festgestellt. Auch nach der Eröffnung der Gesamtschule und des damals noch vorgesehenen Kindergartens könne laut dem Verkehrsgutachten eine ausreichende Leistungsfähigkeit unter der Maßgabe der Verlängerung der Freigabezeiten an den Knotenpunkten nachgewiesen werden.</p> <p>Aufgrund des Entfalls der Kindertagesstätte sowie der Reduzierung der Schüleranzahl wird das vom Verkehrsplaner prognostizierte Verkehrsaufkommen deutlich vermindert.</p> <p>Im weiteren Verfahren wird das ÖPNV-Konzept weiter ausgearbeitet und die angesprochenen Punkte geprüft.</p>

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>gersteig deutlich zu schmal für die Masse der zu erwartenden Kinder und führt damit wieder zu einem Sicherheitsproblem.</p> <p>Eine Durchleitung der Busse über den ALDI-Kreisel auf den Parkplatz/ Bushalteplatz zwischen dem Schulgebäude und der Mehrfachturnhalle hält der Stellungnehmer aufgrund der baulichen Gegebenheiten und aus Gründen der Sicherheit für die Kinder durch die Kombination von Parkplatz, Hol- und Bring-service Elternverkehr und Bushaltestelle für nicht durchführbar. Seines Erachtens wird diese Lösung durch die umständliche Verkehrsführung auch nicht von den mit PKW holenden/ bringenden Eltern akzeptiert werden. Diese werden ihre Kinder direkt vor der Schule bzw. der Kita absetzen und damit den fließenden Verkehr u.a. auf der Straße Im Klostergarten deutlich behindern.</p>		
<p>Die im Leistungsnachweis aufgeführten Verkehrszählungen vom 14.04.2016, 6:00 Uhr bis 10:00 Uhr+ 15:00 Uhr bis 19:00 Uhr am Knoten Im Klostergarten/Ziegelweg und die daraus resultierenden Berechnungen relativieren das Verkehrsaufkommen aufgrund der unrealistischen Zeiten deutlich zu Gunsten der Planung. Wir erinnern uns: Unterrichtszeit 8:15 Uhr bis 16:30 Uhr, somit "Bring-Zeit" ca. 07:45 Uhr bis 08:15 Uhr und "Hol-Zeit" 16:15 Uhr bis 16:45 Uhr. Eben in dieser Zeit: ab- und zufließender Berufsverkehr über die Straße Im Klostergarten und die oben aufgeführten Knoten.</p>	<p>Prüfung im weiteren Verfahren</p>	<p>Im Rahmen der Weiterbearbeitung des derzeit vorliegenden Zwischenberichtes erfolgt eine Überprüfung der Leistungsfähigkeitsnachweise sowie der angesetzten Spitzenstunden.</p>
<p>Die in der Planung ausgewiesenen Prognosen sieht der Stellungnehmer als sehr optimistisch und planungszugewandt an und geht nach persönlicher Erfahrung mit dem Verkehr an diesen Knoten deutlich an der Realität vorbei. Einzig die Einschätzung des Knotens Euskirchener Str./ Medinghovener Str. dürfte die Realität treffen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>entfällt</p>
<p>Zur Verkehrszählung vom 09.06.2017 ist noch anzumerken, dass diese drei Tage nach Pfingsten stattgefunden hat und damit noch zur Urlaubszeit.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>In NRW gab es 2017 keine Pfingstferien. Ausschließlich der 06.06.2017 (Pfingstmontag) war frei. Die ermittelten Zahlen können daher herangezogen werden.</p>
<p>Rechnet man beim Hol- und Bringservice Elternverkehr "nur"</p>	<p>Prüfung im weiteren Verfahren</p>	<p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens erfolgt eine</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>mit einem Prozentsatz von 25 % der betreuten Kinder, so ergibt sich daraus eine Mehrbelastung der Straße Im Klostergarten und der betreffenden Knoten von ca. 230 PKW plus ca. 12 PKW Fachkräfte Kita plus ca. 83 PKW Fachkräfte Schule, in Summe 325 Fahrzeuge, zu den Stoßzeiten. Der ÖPNV wurde hierbei noch nicht berücksichtigt. Das Verkehrsgutachten gibt hier Zahlen Zitat"... von 424 Kfz-Fahrten/ Tag für die Gesamtschule und ca. 144 Kfz-Fahrten/ Tag für die Kita" an. Die Straße Im Klostergarten und die betreffenden Knoten sind für eine solche Mehrbelastung nicht ausgelegt.</p> <p>Die Einschätzung Zitat "Mit einer Verschiebung der Freigabezeiten kann die kritische Rückstaulänge am Knotenpunkt Ziegelweg/ Medinghovener Str. reduziert werden sieht der Stellungnehmer aus persönlicher Vor-Ort-Erfahrung als nicht gegeben an.</p> <p>Zudem sieht der Stellungnehmer hier die Problematik, dass es zu verkehrstechnischen Konflikten zwischen den Kindern mit dem ganztägig stattfindenden PKW- und Lieferverkehr zur Gesamtschule, zur Kita, zu den Werkstätten und Geschäften unterhalb der Straße Im Klostergarten kommt.</p> <p>Die im o.g. Leistungsnachweis aufgeführten Wartezeiten an den Knoten weisen schon jetzt bei der Bewertung der "Qualitätsstufen des Verkehrsablaufs" (kurz QSV) wenig tolerierbare Werte auf. Z.B. vormittags für den von der Alma-Brücke in den Ziegelweg abbiegenden Verkehr QSV C (mittlere Wartezeit s 50 Sekunden). Für den Zufluss von der Medinghovener Straße in den Ziegelweg wird eine QSV A (mittlere Wartezeit s 20 Sekunden) angegeben. Und das bei einer Mehrbelastung zu den Stoßzeiten von ca. 325 Kfz! Hier kann sich dann jeder selbst Gedanken machen, wie diese Verkehrssituation aussieht und sich um 1-km-Umfeld auf sämtliche Nebenstraßen (Alfterer Straße, K12/ K12 n, B56, Konrad-Adenauer-Damm) auswirkt.</p>	<p>Prüfung im weiteren Verfahren</p> <p>Kenntnisnahme</p>	<p>detaillierte Verkehrsuntersuchung. Anhand der Untersuchungsergebnisse werden anschließend entsprechend notwendige Maßnahmen ermittelt und ins Verfahren eingestellt.</p> <p>Gemäß einem Zwischenbericht mit Stand vom 07.07.2017 wurde auf der Grundlage der Zählung für alle drei untersuchten Knotenpunkte eine ausreichende Leistungsfähigkeit festgestellt. Auch nach der Eröffnung der Gesamtschule und des damals noch vorgesehenen Kindergartens könne laut dem Verkehrsgutachten eine ausreichende Leistungsfähigkeit unter der Maßgabe der Verlängerung der Freigabezeiten an den Knotenpunkten nachgewiesen werden.</p> <p>Aufgrund des Entfalls der Kindertagesstätte sowie der Reduzierung der Schüleranzahl wird das vom Verkehrsplaner prognostizierte Verkehrsaufkommen deutlich vermindert.</p> <p>Im weiteren Verfahren ist zu prüfen, wie eine sichere Verkehrsführung der Schulwege erfolgen kann. Derzeit sieht die Planung z.B. die Neuerrichtung eines Radweges auf der nördlichen Seite der Straße „Im Klostergarten“ vor.</p> <p>Bei Qualitätsstufen von A bis D ist eine ausreichende Qualitätsstufe gemäß der einschlägigen Fachliteratur gegeben. Erst ab der Qualitätsstufe E tritt eine Verkehrssituation auf, welche die Verkehre nicht mehr ausreichend abwickeln kann (ggf. auch nur auf einzelnen Strömen eines Knotenpunktes).</p> <p>Im Rahmen der Überarbeitung des Verkehrsgutachtens erfolgt auch eine Neubewertung der Leistungsfähigkeit. Aufgrund der Reduzierung der Verkehre wird jedoch weiterhin davon ausgegangen, dass eine Leistungsfähigkeit gegeben ist.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>Die Bebauung mit solch massiven Gebäudekomplexen im oberen Teil der Straße Im Klostergarten ist eine optische Zumutung und abzulehnen, da diese sich nicht an die vorhandene Bebauung mit Ein- und Mehrfamilienhäusern anpasst.</p> <p>Auch die Lärmbelästigung der Anwohner sowie der Wertverlust der umliegenden Grundstücke und Häuser sind zu berücksichtigen.</p> <p>Der Stellungnehmer bittet die o.g. Überlegungen/ Bedenken bei der Planung zu berücksichtigen und einem alternativen Standort (z.B. neben dem Alanus-Campus an der Bonn-Brühler-Str.) für Gesamtschule, die Vierfachturnhalle und die Kindertagesstätte zu suchen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>	<p>Im Zuge des Verfahrens konnte die Zahl der Vollgeschosse entlang der Straße „Im Klostergarten“ von vier auf drei Vollgeschosse reduziert werden. Ebenso wird auf die Errichtung einer Kindertagesstätte verzichtet. Der gesamte Komplex wird daher nicht mehr so massiv, wie noch zu Beginn des Verfahrens.</p> <p>Im Rahmen der Bauleitplanverfahren wird ein Lärmgutachten erstellt.</p> <p>Ein alternativer Standort wird nicht gesucht, da der Standort aus Sicht der Gemeinde Alfter gut geeignet ist für die Errichtung der Schule. Aufgrund der Einwände im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung erfolgt jedoch ein Verzicht auf die Kindertagesstätte sowie eine Reduzierung der Schüleranzahl mit der Folge einer geringeren Gebäudehöhe sowie weniger Verkehr.</p>
<p>B10 mit Schreiben vom 30.04.2018</p> <p>Der Stellungnehmer schreibt bezüglich der o.g. viel diskutierten Angelegenheit, obwohl er nicht unmittelbar betroffen ist, sondern nur mittelbar. Als Eigentümer des Hauses „Wegscheid 16“ hat er persönlich keinen Lärm und Verkehr zu fürchten, wie die Menschen (auch sein Mieter), die dort leben. Der Stellungnehmer hat nur einen Verlust des Haus- und Grundstückswerts zu fürchten, nachdem, was auf dem unmittelbar angrenzenden Baugrundstück geplant wird, welchen der Stellungnehmer auch befürchtet. Nicht nur, dass die Anwohner einen Schulbetrieb auf engstem Raum und mit fast nicht vorhandenem Abstand zu ihren Häusern ertragen müssen, sondern auch eine Kita, eine Sporthalle und wenn dann Kinder, Schüler und Sportler mit unzähligen PKWs und Bussen (590 Fahrten täglich nur um die christlichen Schüler aus dem Umkreis von 60 Kilometern) wieder zu Hause sind, dann darf abends und am Wochenende noch gefeiert werden, denn</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Aus Sicht der Gemeinde Alfter führt die Entwicklung des Projektes nicht zu einem Verlust des Haus- und Grundstückwertes. Der derzeit wirksame Flächennutzungsplan weist das Plangebiet größtenteils als Gewerbefläche aus, sodass hier auch bereits im Bestand gewerbliche Nutzungen vorgesehen werden könnten. Dieser planerische Wille der Gemeinde ist bereits seit mehreren Jahrzehnten in Flächennutzungsplan verankert. Die aktuelle Planung sieht nun die Errichtung eines Schulgebäudes vor, von dem deutlich weniger Emissionen zu erwarten sind, als von anderweitigen gewerblichen Nutzungen.</p> <p>Selbst bei einem Verlust von Haus- und Grundstückswerten würde unter die Gemeinde Alfter die Errichtung einer neuen Schule höher gewichten, um in Alfter zukünftig auch den Bedarf an Schulplätzen in weiterführenden</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>auch dafür werden die Räume geschaffen, wörtlich: „für eine nette Familienfeier“. Das bedeutet Lärm und Unruhe rund um die Uhr.</p> <p>Der Stellungnehmer fühlt sich auch deshalb verpflichtet, von diesen Sorgen zu schreiben, weil er zumindest bei dem älteren Ehepaar, welches auf der Veranstaltung direkt neben ihm saß, die Tränen in die Augen sah, bei der Vorstellung dieses Mammut-Projekts. Verzweiflung darüber gibt es sicher nicht nur bei diesem Ehepaar, welches der Stellungnehmer nun zufällig beobachten konnte. Menschen, die seit 30/40 Jahren dort wohnen, bekommen jetzt ein nicht unerheblich hohes Gebäude unmittelbar vor die Nase gesetzt, was ihnen Licht und Luft nehmen wird, sie werden rund um die Uhr beschallt und fühlen sich völlig hilflos, auch wenn der Widerstand von allen Seiten zu spüren war.</p>	Kenntnisnahme	<p>Schulen anbieten zu können.</p> <p>Um die Auswirkungen des Vorhabens zu minimieren, wurde jedoch die Anzahl der Schüler reduziert, um das Schulgebäude zu verkleinern (drei statt vier Vollgeschosse im Bereich der Straße „Im Klostergarten“). Auf die Kindertagesstätte wird komplett verzichtet. Durch diese Reduzierungen werden nicht nur die Baumasse, sondern auch die neu induzierten Verkehre reduziert.</p> <p>Das Konzept sieht ebenfalls keine gastronomischen Betriebe (Orangerie o. ä.) mehr vor, sodass sich die Nutzungen auf die Schul- sowie die Sportnutzung reduziert.</p>
<p>Der Stellungnehmer schließt sich den Sorgen dieser Menschen an, möchte aber darüber hinaus seine Beobachtungen zu der „Informations-“Veranstaltung mitteilen, weil die, wie er findet, durchaus eine Aussage beinhalten. Er fand schon die Wahl des Ortes einigermaßen unpassend, bzw. hätte einen neutralen Ort bevorzugt. So war es eine reine Werbe-/ Verkaufsveranstaltung. Es ist selbstverständlich, dass an einem solchen Informationsabend beide „Gruppen“ (Befürworter und Gegner) zu Wort kommen sollten und dass auch die Eltern der „Christlichen Schule“ geladen werden, die sich verständlicherweise eine Vergrößerung und damit Modernisierung ihres Schulgebäudes wünschen. Was allerdings ihre christlichen Kinder – wohlgezogen und ruhig durchaus, weil sie ja in der so sehr zu lobenden Schule von den bösen elektronischen Medien erst viel später als andere negativ beeinflusst werden (wörtlich!) – dort machten, konnte sich dem Stellungnehmer nicht erschließen und empfand dies als ausgesprochen störend.</p>	Kenntnisnahme	<p>Der Veranstaltungsort wurde aus folgenden Gründen gewählt. Der Hauptgrund für den gewählten Veranstaltungsort war, dass sich jeder ein Bild von der aktuellen Situation der Schule machen kann. Darüber hinaus liegt der Veranstaltungsort ortsnahe zum Plangebiet und verfügt über ausreichend große Räume. Die angebotene Verpflegung stellte lediglich ein Angebot an die Besucher dar und war an keinerlei Bedingungen etc. geknüpft.</p> <p>Die zweite Beteiligung fand darüber hinaus bei der Gemeinde statt.</p>
<p>Natürlich war das Ganze nichts anderes als eine Werbung für diese private Schule (mit selbst gebackenen Kuchen und liebevoll zubereitetem Fingerfood), aber die Kinder hätte es dort während der Diskussionen nicht gebraucht. Dass es sich um</p>	Kenntnisnahme	<p>Im Rahmen einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung sind selbstverständlich auch Kinder zulässig, da keine Bevölkerungsteile ausgeschlossen werden.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>eine Bekenntnisschule handelt, das ist auch ohnehin klar, und an der Tatsache, dass damit die wenigsten Schüler aus Alfter sein würden, haben auch diese „Vorzeigeschüler“ nichts geändert, die allerdings aus Alfter kamen. Die Anwohner und Oedekovener Bürger sind sogar der Meinung, dass die 25 % der Schüler, die angeblich aus dem direkten Umfeld kommen sollen, viel zu hoch gegriffen seien. Man hörte nicht nur von Einzelnen, dass sie ihre Kinder niemals auf eine solche Schule schicken würden. Aber das ein oder andere lässt sich im Vorfeld nicht beweisen und ist reine Spekulation.</p>		<p>Die Anmerkungen zur der Herkunft der Schüler werden zu Kenntnis genommen.</p>
<p>Die IVV Aachen hat jedenfalls ein Verkehrsaufkommen ausgerechnet, dass man nur mit größter Befürchtung zu Kenntnis nehmen konnte, wird doch der Verkehr (ÖVP, eingesetzte Busse der Christlichen Gemeinde und PKWs) auch zu einem großen Teil durch den Wegscheid geführt werden, den man ja gerade durch die Einrichtung einer 30er Zone beruhigen will.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Eine Erschließung über die Straße „Wegscheid“ wird nicht mehr vorgesehen. Es wird keine direkte Verbindung (weder für den motorisierten Individualverkehr, noch für Radfahrer bzw. Fußgänger) vom Wegscheid zur geplanten Schule geben.</p>
<p>Die Frage an die Eltern, die sich so sehr ins Zeug legen für „ihre“ Schule, ob sie denn in der Nähe von Oedekoven wohnen, wurde natürlich verneint, man muss wirklich sagen, natürlich. Keiner von ihnen wohnt dort oder andersherum, keiner von den Anwohnern rund um das Baugrundstück hatte etwas übrig für dieses Projekt. Alle Befürworter waren Eltern mit ihren zum Teil mitgebrachten Kindern, alle Gegner waren Anwohner. Bis auf eine Ausnahme: Eine ganz vehemente Befürworterin des Bauprojekts, eine Dame älteren Jahrgangs, die kein Kind auf der Schule hat und auch scheinbar nichts mit dem aktuellen Schulleben in Alfter zu tun hat, sah der Stellungnehmer zufälligerweise vorher aus einem der Häuser kommen, die direkt gegenüber dem jetzigen Schulstandort sind, kleine Einfamilienhäuser, ebensolche wie die rund um den Wegscheid. Ein Schelm, der Böses dabei denkt...</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Die Herkunft der Eltern bzw. der Schüler stellt keinen Abwägungsentscheid dar. Ziel der Gemeinde Alfter ist es zusammen mit der FCSB auf Alfter Gemeindegebiet Schulplätze auch im Bereich der weiterführenden Schule anbieten zu können. Diese können zukünftig selbstverständlich von Schülerinnen und Schüler von Alfter aber auch von Städten und Gemeinden der Umgebung in Anspruch genommen werden können.</p>
<p>B11 mit E-Mail vom 30.04.2018</p>		
<p>Als Eigentümer eines Mehrfamilienhauses im Tonweg, das in direkter Nachbarschaft betroffen ist, widersprechen die Stel-</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Auf die nachstehenden Abwägungspunkte wird verwiesen.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme Stellungnehmer dem Bauvorhaben aus nachfolgenden Gründen:	Beschlussvorschlag	Begründung
<ul style="list-style-type: none"> - Die Grenze der Abstände zu den anliegenden Wohngebäuden ist zu gering - Die GFZ von 0,8 im alten BP soll nicht geändert werden. Die angestrebte Gebäudehöhe (5 Stockwerke) ihrer Planung ist zu hoch. Der Gebäudekomplex wird erheblich zu groß. - Die Dichte/ Nutzung der geplanten Gebäude ist laut angestrebter Planung zu groß für die vorhandene Fläche. - Der Stellungnehmer zweifelt an, dass die geplanten Baukörper optisch ein Gewinn für Oedekoven sein wird. 	Kenntnisnahme	<p>Aufgrund der Stellungnahmen im Rahmen der Veranstaltungen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung wurde das Schulgebäude verkleinert. So wurde die Zahl der Vollgeschosse entlang der Straße „Im Klostergarten“ von vier auf drei Vollgeschosse reduziert, sodass die Auswirkungen auf die Nachbarn geringer ausfallen. Die Verkleinerung konnte erzielt werden, da sich die Schule damit einverstanden erklärt hat, die Schülerzahl von 825 auf 780 zu reduzieren.</p> <p>Darüber hinaus wird nun auf die Kindertagesstätte komplett verzichtet, welches die Auswirkungen auf die Nachbarn ebenfalls verringert, da auch hiermit die Dichte bzw. die Nutzung reduziert worden ist.</p> <p>Die Auswirkungen auf das Landschaftsbild werden im weiteren Verfahren in die Umweltprüfung eingestellt.</p>
<ul style="list-style-type: none"> - In der Planung ist kein Emissionsschutz vorgesehen, der vehement eingefordert wird. Die Gemeinde soll die Kosten für die Ausrüstung von Schallschutzfenstern für die anliegenden Wohnhäuser übernehmen. - Die geplante Schülerzahl von voraussichtlich über 1.000 Schülern erhöht den Geräuschpegel erheblich zu den bereits vorhandenen Geräuschemissionen. - In der Planung ist kein Schallschutz für die umliegenden Wohngebäude vorgesehen, der hiermit eingefordert wird. 	Prüfung im weiteren Verfahren	<p>In den weiteren Bauleitplanverfahren wird ein Lärmgutachten erstellt. Dabei muss sich das Vorhaben zukünftig in die Umgebung auch in Bezug auf den Lärm einpassen. Daher werden die Schulhöfe in die innen liegenden Bereiche des Gebäudes gelegt, so dass das geplante Schulgebäude automatisch einen Lärmschutz darstellt. Sollte aufgrund der noch ausstehenden Lärmuntersuchung weitere Maßnahmen erforderlich werden, würden im Bebauungsplanverfahren weitere Regelungen aufgenommen.</p> <p>Des Weiteren ist anzumerken, dass die Schülerzahl zukünftig 780 Schüler und nicht über 1000 betragen wird.</p>
<ul style="list-style-type: none"> - Das Angebot, die Cafeteria der öffentlichen Nutzung auch außerhalb der Schulzeiten zugänglich zu machen, wird den Geräuschpegel voraussichtlich noch weiter erhöhen. 	Kenntnisnahme	<p>Eine Cafeteria für eine öffentliche Nutzung auch außerhalb der Schulzeiten ist nicht mehr vorgesehen.</p>
<ul style="list-style-type: none"> - Der Stellungnehmer erwartet durch den Bau ein er- 	Kenntnisnahme /	<p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird die Ver-</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

Zu den Stellungnahmen aus der Öffentlichkeits- sowie Träger- und Behördenbeteiligung werden nach erfolgter Interessenabwägung folgende Beschlüsse gefasst:

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>hebliches zusätzliches Verkehrsaufkommen für das die vorgegebene Örtlichkeiten/Straßen nach seiner Auffassung nicht ausgelegt sind. Zudem steigen voraussichtlich die Schadstoffkonzentrationen. Durch die Zunahme des Verkehrs erhöhen sich die Emissionen der Abgase der Fahrzeuge erheblich. Sie gefährden damit die Gesundheit der Anwohner der Wohnbebauung.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der Stellungnehmer fordert eine vollständige aktualisierte Verkehrsuntersuchung und eine großräumige realistische Betrachtung der Zunahme der Verkehrsbelastung, die durch das vorhandene Gewerbegebiet bereits schon sehr hoch ist. Der Stellungnehmer zweifelt an, dass die vorhandene Infrastruktur ausreicht. 	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p>	<p>kehruntersuchung aktualisiert. Aufgrund der reduzierten Verkehre im Vergleich zum Zwischenbericht vom 07.07.2017 ist davon auszugehen, dass auch zukünftig die Leistungsfähigkeit des Verkehrsnetzes nachgewiesen werden kann. Bereits beim Zwischenbericht des Ingenieurbüros wird davon ausgegangen, dass das vorhandene Verkehrsnetz die Zusatzbelastungen aufnehmen kann.</p>
<ul style="list-style-type: none"> - In Bonn und Umgebung des Rhein-Sieg Kreises gibt es bereits ein vielfältiges Schulangebot dass die Schüler mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen und nutzen können. 	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Ziel der Gemeinde Alfter ist es, auch Schulplätze im Bereich von weiterführenden Schulen auf dem Gemeindegebiet von Alfter anbieten zu können.</p>
<ul style="list-style-type: none"> - Durch die Vorgabe der Christlichen Schule, zu einen Prozentsatz > 70% nur Schüler mit evangelischem Glaubens-Bekenntnis aufzunehmen, kann die geplante Schule nicht alle Alfterer Kinder aufnehmen. Ist also keine Schule für alle Alfterer Kinder. Derzeit sind es nur 25% Alfterer Kinder, die die Schule nutzen können. - Die Schule fordert Schulgeld, dadurch haben nicht alle Kinder die Möglichkeit die Schule zu nutzen 	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Die vorgetragenen Punkte werden zur Kenntnis genommen. Es muss auch nicht ein Anspruch sein, dass alle Alfterer Kinder in der Schule aufgenommen werden können. Die Schule soll das bestehende Schulnetz in Alfter und der Umgebung ergänzen und eine weitere Schulform anbieten. Ein klassisches Schulgeld wird von der Schule nicht erhoben. Auch Schülerinnen und Schüler aus Elternhäusern mit geringerem Einkommen können die Schule besuchen.</p>
<ul style="list-style-type: none"> - Der Stellungnehmer fordert, dass die Referenzzahlen für den Schülerbedarf im Alfterer Raum geprüft und aktualisiert werden. Das angestrebte Einzugsgebiet für die freie christliche Schule soll nach Aussage der Schule, von Wesseling bis Euskirchen, Rheinbach und auch linksrheinisch gehen. 	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>	<p>Derzeit müssen sämtliche Schülerinnen und Schüler Schulplätze in Städten oder Gemeinden außerhalb von Alfter aufsuchen, da in Alfter keine weiterführende Schule vorhanden ist. Ziel ist es demnach neben der Dependence mit der Gesamtschule Rheinbach eine weitere weiterführende Schule auf Alfterer Gemeindegebiet zu ermöglichen. Selbstverständlich dürfen die Schule auch Schülerinnen und Schüler aus den angrenzenden Gemeinden und Städten besuchen, so wie es derzeit auch</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<ul style="list-style-type: none"> - Der Stellungnehmer empfiehlt, als Alternative z.Bsp.in Rheinbach das Sondernutzungsgebiet nahe der Fachhochschule für das Bauprojekt zu prüfen. Es wird empfohlen die Prüfung anderer Standorte als Alternative wie z. Bsp. in der Nähe zu des Campus Alanus Hochschule, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen ist - Es sind keine ausreichenden Parkmöglichkeiten vorhanden. Die Flächen für Hol- und Bringdienst zu Schule, KITA und Sporthalle sind räumlich zu knapp bemessen und in der Anzahl zu gering geplant. - Als Alternative für die in Rede stehenden Grundstücksflächen empfiehlt der Stellungnehmer eine Machbarkeitsstudie zur Planung von medizinischen Einrichtungen, Ärztehaus usw. um Entwicklungspotentiale aufzudecken und sich neu zu fokussieren. 	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>	<p>umgekehrt der Fall ist.</p> <p>Ein alternativer Standort wird nicht gesucht, da der Standort aus Sicht der Gemeinde Alfter gut geeignet ist für die Errichtung der Schule. Aufgrund der Einwände im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung erfolgt jedoch ein Verzicht auf die Kindertagesstätte sowie eine Reduzierung der Schüleranzahl mit der Folge einer geringeren Gebäudehöhe sowie weniger Verkehr.</p> <p>Zum Zeitpunkt der frühzeitigen Beteiligung lag noch kein Konzept vor, welches die genauen Stellplätze beinhaltet. Im Zuge des Verfahrens wurde nun ein städtebauliches Konzept erarbeitet, welches eine ausreichende Anzahl von Stellplätzen sowie auch Flächen für die Hol- und Bringverkehre sichert.</p> <p>Großteile der Grundstücke befinden sich im privaten Besitz. Der Eigentümer ist mit dem Wunsch an die Gemeinde Alfter herangetreten, auf diesen Grundstücken nun eine freie christliche Schule zu erreichen. Die Gemeinde Alfter unterstützt dieses Vorhaben, um in Alfter auch Schulplätze im Bereich einer weiterführenden Schule anbieten zu können.</p>
<p>B12 mit Schreiben vom 30.04.2018</p> <p>Als Eigentümerin der Liegenschaft Wegscheid 18 in der Gemeinde Alfter O.T. Oedekoven ist der Stellungnehmer nicht mit der Planung und den möglichen Auswirkungen der FCS einverstanden. Eine nachhaltige Bebauung soll zum Wohle der gesamten Gemeinde und Anrainer betragen. Bei dieser überdimensionierten Planung wird eine Filetfläche in Oedekoven einem Investor ohne die nötige sensible Einfügung, was Größe, Verkehr und Ortscharakter usw. überlassen! Als Grundbesitzerin und Oedekovernerin widerspricht die Stellungnehmerin</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Aufgrund der Stellungnahmen im Rahmen der Veranstaltungen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung wurde das Schulgebäude verkleinert. So wurde die Zahl der Vollgeschosse entlang der Straße „Im Klostergarten“ von vier auf drei Vollgeschosse reduziert, sodass die Auswirkungen auf die Nachbarn geringer ausfallen. Die Verkleinerung konnte erzielt werden, da sich die Schule damit einverstanden erklärt hat, die Schülerzahl von 825 auf 780 zu reduzieren.</p> <p>Darüber hinaus wird nun auf die Kindertagesstätte kom-</p>

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>In der politischen Diskussion der Gemeinde Alfter steht derzeit die Errichtung des Schulgebäudes "Freie Christliche Schule Bonn/Rhein-Sieg" in dem Gebiet "Am Klostergarten" in Alfter-Oedekoven. Die "Freie Christliche Schule Sonn/Rhein-Sieg" betreibt bereits eine Grundschule und eine Gesamtschule in Alfter-Oedekoven. Die Schule hat in den letzten Jahren einen starken Zulauf erfahren. Der Schulträger trägt dem Rechnung und plant aktuell die Errichtung eines neuen Schulgebäudes in dem Gebiet "Am Klostergarten", das in der Lage sein soll, die wachsende Schülerzahl aufzunehmen. An der Schule sollen dann nach unseren Informationen ca. 800 bis 1.000 Schüler unterrichtet werden können.</p> <p>Dieses Projekt ist nach Ansicht der Unterzeichner in vielfacher Hinsicht kritikwürdig.</p>	Kenntnisnahme	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Planung sieht nun allerdings eine maximale Schüleranzahl von 780 vor.
<p>1. Das Gebäude in der jetzigen Größe ist nach Erachtens der Unterzeichner sowohl vom Bauplanungsrecht als auch vom Bauordnungsrecht her nicht genehmigungsfähig. Der Investor plant neben der Errichtung einer vierzügigen Gesamtschule nebst 4-fach Turnhalle noch einen angegliederten Kindergarten. In der Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung der Gemeinde Alfter am 07.09.2017 stellte der mit der Planung beauftragte Architekt (Dohle + Lohse Architekten GmbH, Braunschweig) den Entwurf des Schulgebäudes vor. Die Präsentation veranschaulichte mit aller Deutlichkeit, dass die Schule ein "Gigant" in der Landschaft sein wird, der alle Dimensionen sprengt. Selbst der Architekt räumte ein, dass das zur Verfügung stehende Grundstück den Platz für die geplante Schule nicht hergibt. Zur Verdeutlichung liegen zwei Entwurfsskizzen bei. Diese geben einen ersten Eindruck von der Wucht des Gebäudes. Die Ansichtswand ist in der jetzigen Planung ca. 16,00 Meter hoch. Es zeichnet sich dann folgendes Bild: Wenn man nach Errichtung der Schule von der "Oedekovener Brücke" in Richtung Oedekoven blicken wird, dann wird der Ort durch das Schulgebäude komplett verdeckt sein; von der Oedekovener Kirche sieht man dann nur noch die Kirchturmspitze. Der Bau stellt damit einen nicht zu recht-</p>	Kenntnisnahme	<p>Aufgrund der Stellungnahmen im Rahmen der Veranstaltungen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung wurde das Schulgebäude verkleinert. So wurde die Zahl der Vollgeschosse entlang der Straße „Im Klostergarten“ von vier auf drei Vollgeschosse reduziert, sodass die Auswirkungen auf die Nachbarn geringer ausfallen. Die Verkleinerung konnte erzielt werden, da sich die Schule damit einverstanden erklärt hat, die Schülerzahl von 825 auf 780 zu reduzieren.</p> <p>Darüber hinaus wird nun auf die Kindertagesstätte komplett verzichtet, welches die Auswirkungen auf die Nachbarn ebenfalls verringert, da auch hiermit die Dichte bzw. die Nutzung reduziert worden ist.</p> <p>Die Gemeinde Alfter erachten das nun geplante Vorhaben als verträglich für den Ort.</p>

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>fertigenden Eingriff in das Landschaftsgefüge dar.</p> <p>2. Einen Steinwurf entfernt auf der gegenüberliegenden Straßenseite des geplanten Kindergartens befindet sich das Oedekovener Rotlichtmilieu. Es handelt sich um den Sauna- Club "Tutti-Frutti", der auf seiner Internetseite die Kunden darauf aufmerksam macht, "dass unsere weiblichen Gäste nicht als Mitarbeiterinnen des Tutti Frutti Saunacclubs, sondern als selbstständige Unternehmerinnen, in eigenem Namen und auf eigene Rechnung tätig sind. ... Als nicht verbindlichen Richtwert darf man von einem Halbstundenservice für etwa 50 € ausgehen." Die aggressive, sexistische Leuchtreklame unterstreicht diesen Eindruck. Wer will garantieren, dass sich hier nicht ein "Straßenstrich" entwickelt.</p> <p>3. Das geplante Schulgebäude liegt ebenfalls einen Steinwurf entfernt von den neuen Hochspannungsleitungen an der K 12 n in Oedekoven. Es handelt sich hier nicht um "einfache" Überlandleitungen, sondern es handelt sich um eine der "Hauptstromautobahnen". Selbst der Betreiber der Stromtrasse empfiehlt einen Abstand von 400 Metern zwischen den Hochspannungsleitungen und der Bebauung. Es ist aus Sicht der Einwender unverantwortlich, die Kinder und Jugendlichen, diesen Strahlen auszusetzen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Eine Kindertagesstätte ist nun nicht mehr vorgesehen. Der angesprochene Sauna-Club liegt außerhalb des Geltungsberreiches in einer gewerblich geprägten Nutzung mit vielen publikumsintensiven Nutzungen (z.B. Aldi, Obi, Baby-One). Im Rahmen dieser Nutzungen ist die Entstehung eines Straßenstrichs nicht zu erwarten. Sollten wider Erwarten entsprechende Tendenzen auftreten, könnte dagegen ordnungsbehördlich vorgegangen werden.</p> <p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens erfolgt eine Untersuchung des Elektromog. Im Rahmen der Untersuchung ist zu prüfen, welche Abstände von der Höchstspannungsleitung einzuhalten sind. Einer ersten Einschätzung bzgl. des Elektromog ist zu entnehmen, dass die im LEP NRW genannten Abstände von (nach Möglichkeit) 400 m für Schulen, Kindertagesstätten etc. zu Höchstspannungstrassen ab 220 kV im dicht besiedelten NRW kaum praktikabel sind. Des Weiteren orientieren sie sich auch nicht an wissenschaftlich begründbaren Vorsorge-richtwerten für elektromagnetische Feldimmissionen durch Hochspannungsleitungen. Sie dienen in erster Linie den Bedürfnissen der Leitungsbetreiber nach Konfliktminimierung beim Ausbau vorhandener Hochspannungstrassen. Im LEP wird dargelegt, dass der genannte Abstand bei neuen Höchstspannungsleitungen ausnahmsweise unterschritten werden kann, wenn gleichwohl ein gleichwertiger vorsorgender Schutz der Wohnumfeldqualität gewährleistet ist oder keine andere technisch geeignete und energiewirtschaftsrechtlich zulässige Variante die Einhaltung der Mindestabstände ermöglicht.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
		<p>Das Land Nordrhein-Westfalen hat abweichend der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung (26. BImSchV) eigene Regelungen zum vorsorgenden Gesundheitsschutz bei elektromagnetische Immissionen durch Hochspannungsleitungen erlassen, die über die Anforderungen der 26. BImSchV hinausgehen. Seit 1998 gilt in Nordrhein-Westfalen für die Planung von neuem Wohnraum ein Abstandserlass, der einen seitlichen Abstand zur Trassenmitte bei 110 kV-Hochspannungsleitungen von mindestens 10 m, bei 220 kv-Leitungen von mindestens 20 m und bei 380 kV-Leitungen von mindestens 40 m vorschreibt. Diese Abstände werden durch die Planung eingehalten.</p> <p>Im weiteren Verfahren wird geprüft, welche Möglichkeiten für die Schule bestehen, um das Konfliktpotenzial zwischen dieser sowie der bestehenden Höchstspannungsleitungen zu verringern.</p> <p>Gesetzliche Regelungen erfolgten über die 26. BImSchV. Hier werden Grenzwerte für gesetzliche Grenzwerte festgesetzt. Diese Anforderungen der 26. BImSchV werden gemäß einer Ersteinschätzung deutlich eingehalten.</p> <p>Der in Deutschland gültige gesetzliche und damit auch rechtlich verbindliche Grenzwert für die Immissionen durch Magnetfelder von Hochspannungsleitungen des öffentlichen Stromnetzes beträgt gemäß der 26. BImSchV 100.000 nT (Nanotesla). Dieser Grenzwert gilt offiziell auch für Daueraufenthaltsbereiche von Personen. Er wurde bei den Messungen auf dem Plangebiet zu knapp 1,6 % ausgeschöpft. Der Grenzwert für Immissionen durch elektrische Felder von Hochspannungsleitungen beträgt 5.000 V/m (Volt pro Meter). Dieser Grenzwert wurde bei den Messungen vom 29.12.2016 zu knapp 6,3 % ausgeschöpft.</p> <p>Vorsorgeorientierte Regelungen empfehlen jedoch erheblich niedrigere Richtwerte. Das Land Nordrhein-Westfalen</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>4. Der Verkehr in Oedekoven ist in den letzten Jahren förmlich explodiert. Dies ist zum einen dem den tatsächlichen Gegebenheiten nicht Rechnung tragenden Verkehrskonzept für Oedekoven geschuldet. Dies ist vor allem aber dem Umstand geschuldet, dass der Gürtel, in dem die Schule errichtet werden soll, in den vergangenen Jahren bereits mit überdimensionierten Projekten überfrachtet wurde, die dieser kleine Ort nicht verkraften kann. Dies sei auch dem "frisch" gewählten Landtagsabgeordneten für den Wahlkreis und Mitglied des Verkehrsausschusses des Landtages, Oliver Krauß, aus seiner langjährigen Tätigkeit in seinem "Heimatort" Alfter bekannt. Die Stellungnehmer sprechen Herr Krauß an, er hätte sich um das Mandat bei den Wählern mit der Aussage beworben, ihre "Heimat" lebenswert zu erhalten. Die Stellungnehmer erinnern ihn heute an diese Aussage und fordern hiermit das Einlösen dieses Versprechens ein.</p>	Kenntnisnahme	<p>hat daher eigene Regelungen zum vorsorgenden Gesundheitsschutz bei elektromagnetische Immissionen durch Hochspannungsleitungen erlassen, die über die Anforderungen der 26. BImSchV hinausgehen. Seit 1998 gilt in Nordrhein-Westfalen für die Planung von neuem Wohnraum ein Abstandserlass, der einen seitlichen Abstand zur Trassenmitte bei 110 kV-Hochspannungsleitungen von mindestens 10 m, bei 220 kv-Leitungen von mindestens 20 m und bei 380 kV-Leitungen von mindestens 40 m vorschreibt. Diese Abstände werden durch die Planung eingehalten.</p> <p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird ein Verkehrsgutachten erstellt. Erste Untersuchungen (Zwischenbericht von IVV mit Datum vom 07.07.2017) zeigen, dass die Verkehre über die bestehenden Straßen abgewickelt werden können. Aufgrund der Reduzierung der Schüler sowie dem Entfall der Kindertagesstätte reduzieren sich die Neuverkehre.</p>
<p>5. Das ungelöste Verkehrsproblem führt zu einem weiteren Anschlussproblem. Die Unruhe, vor allen Dingen die Lärmbelästigung für die Anlieger, ist bereits hoch, sie wird sich durch die Schüler und die aus den Schülertransporten erwachsenden Verkehre nochmals um ein Vielfaches erhöhen. Mögliche Schallschutzvorrichtungen würden einen weiteren überdimensionierten Eingriff in das Landschaftsbild darstellen.</p>	Kenntnisnahme	<p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird ein Lärmgutachten erstellt. Das Schulgebäude ist so konzipiert, dass die Schulhöfe, von denen der größte Lärm ausgeht, in einem Innenhof liegt, welcher komplett von dem eigentlichen Schulgebäude umgeben ist. So kann der Lärm größtenteils auf dem Grundstück selbst gehalten werden.</p> <p>Sollte aufgrund der noch ausstehenden Lärmuntersuchung weitere Maßnahmen erforderlich werden, würden</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>6. Die geplante Schule wird zu einer weiteren Verschärfung des Verkehrsproblems führen. Das liegt zu einem großen Teil daran, dass die Schüler, die die bereits bestehende Grund- und Gesamtschule Freie Christliche Schule Bonn/Rhein-Sieg besuchen, nicht aus der Gemeinde Alfter oder dem näheren Umfeld kommen, sondern aus einem Umkreis von - soweit hierfür Erfahrungswerte vorliegen - etwa 50 Kilometern angefahren werden.</p>	Kenntnisnahme	<p>im Bebauungsplanverfahren weitere Regelungen aufgenommen.</p> <p>Wie bereits dargestellt wird im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens ein Verkehrsgutachten erstellt. Erste Untersuchungen (Zwischenbericht von IVV mit Datum vom 07.07.2017) zeigen, dass die Verkehre über die bestehenden Straßen abgewickelt werden können. Aufgrund der Reduzierung der Schüler sowie dem Entfall der Kindertagesstätte reduzieren sich die Neuverkehre. Bei den Untersuchungen werden realitätsnahe Annahmen getroffen, mit welchen Verkehrsmitteln die Schülerinnen und Schüler die Schule aufsuchen werden. Hier spielt auch die Entfernung zum Wohnort eine Rolle.</p>
<p>7. Und schlussendlich: Oedekoven ist in den vergangenen Jahren zum "Stiefkind" der Gemeinde Alfter mutiert. Dort, wo die anderen Ortsteile sich eine gemäßigte Einfamilienhausbebauung erkämpfen konnten, wird Oedekoven mit überdimensionierten "Vorstadtprojekten" überschüttet.</p>	Kenntnisnahme	<p>Die von den Einwendern sogenannten „Vorstadtprojekte“ sind unabhängig von der hier geplanten Schule zu sehen. Die Gemeinde Alfter erachtet es als sinnvoll, ein Angebot an Schulplätzen im Bereich einer weiterführenden Schule zu schaffen.</p>
<p>Angesichts der hier vorgebrachten Argumente ist es nach Erachten der Stellungnehmer bereits mit dem gesunden Menschenverstand unvereinbar, dieses Projekt zu genehmigen, respektive Steuergelder in dieses Projekt fließen zu lassen. Die Stellungnehmer bitten um Ihre Unterstützung und Einflussnahme bei den Entscheidungsträgern. Die Unterzeichner sind Bürger des Ortsteiles Oedekoven und überwiegend Anrainer des Geländes, auf dem die neue Schule errichtet werden soll.</p>	Kenntnisnahme	<p>Bezüglich der inhaltlichen Argumentation wird auf die vorstehenden Punkte verwiesen. Die Gemeinde Alfter hält auch unter Kenntnis dieser Punkte an dem Vorhaben im Plangebiet das Planungsrecht für eine freie christliche Schule zu errichten fest.</p>
<p>T1_Amprion mit Schreiben vom 08.05.2018</p>		
<p>Bezüglich der Flächennutzungsplanänderung sowie bezüglich der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 087 „Im Klostergarten“ hat das Unternehmen mit Schreiben vom 07.09.2016 bereits eine Stellungnahme abgegeben. In dieser Stellungnahme hat das Unternehmen auf den Entwurf zum Landes-</p>	Prüfung im weiteren Verfahren	<p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens erfolgt eine Untersuchung des Elektrosmog. Im Rahmen der Untersuchung ist zu prüfen, welche Abstände von der Höchstspannungsleitung einzuhalten sind. Einer ersten Einschätzung bzgl. des Elektrosmog ist zu entnehmen, dass</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>entwicklungsplan NRW hingewiesen. In der Zwischenzeit ist dieser Entwurf am 08.02.2017 in Kraft getreten.</p> <p>Das Unternehmen bittet um Berücksichtigung des dort unter Ziffer 8.2-3 aufgeführten Grundsatzes der Raumordnung, dass bei der bauplanungsrechtlichen Ausweisung von neuen Baugebieten in Bauleitplänen oder sonstigen Satzungen nach dem Baugesetzbuch, die dem Wohnen dienen oder in denen Anlagen vergleichbarer Sensibilität, wie Schulen und Kindertagesstätten, zulässig sind, ein Abstand von mindestens 400 m zu rechtlich gesicherten Trassen von Höchstspannungsfreileitungen (220- kV oder mehr) eingehalten werden soll.</p> <p>Zudem weist das Unternehmen ergänzend auf seine Erfahrungen im aktuellen Netzausbau hin. Die Erfahrungen zeigen, dass Nutzungen, wie sie die verfahrensgegenständliche Planung vorsieht, im direkten Nahbereich von Hoch- und Höchstspannungsfreileitungen ein vermeidbares Konfliktpotential darstellen können. Derartige Konfliktpotentiale sollten im Rahmen von Bauleitplanverfahren nach Möglichkeit vermieden</p>	<p>Prüfung im weiteren Verfahren</p>	<p>die im LEP NRW genannten Abstände von (nach Möglichkeit) 400 m für Schulen, Kindertagesstätten etc. zu Höchstspannungstrassen ab 220 kV im dicht besiedelten NRW kaum praktikabel sind. Des Weiteren orientieren sie sich auch nicht an wissenschaftlich begründbaren Vorsorge richtwerten für elektromagnetische Feldimmissionen durch Hochspannungsleitungen. Sie dienen in erster Linie den Bedürfnissen der Leitungsbetreiber nach Konfliktminimierung beim Ausbau vorhandener Hochspannungstrassen. Im LEP wird dargelegt, dass der genannte Abstand bei neuen Höchstspannungsleitungen ausnahmsweise unterschritten werden kann, wenn gleichwohl ein gleichwertiger vorsorgender Schutz der Wohnumfeldqualität gewährleistet ist oder keine andere technisch geeignete und energiewirtschaftsrechtlich zulässige Variante die Einhaltung der Mindestabstände ermöglicht.</p> <p>Das Land Nordrhein-Westfalen hat abweichend der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung (26. BImSchV) eigene Regelungen zum vorsorgenden Gesundheitsschutz bei elektromagnetische Immissionen durch Hochspannungsleitungen erlassen, die über die Anforderungen der 26. BImSchV hinausgehen. Seit 1998 gilt in Nordrhein-Westfalen für die Planung von neuem Wohnraum ein Abstandserlass, der einen seitlichen Abstand zur Trassenmitte bei 110 kV-Hochspannungsleitungen von mindestens 10 m, bei 220 kv-Leitungen von mindestens 20 m und bei 380 kV-Leitungen von mindestens 40 m vorschreibt. Diese Abstände werden durch die Planung eingehalten.</p> <p>Eine Kindertagesstätte wird nun nicht mehr geplant.</p> <p>Im weiteren Verfahren wird geprüft, welche Möglichkeiten für die Schule bestehen, um das Konfliktpotenzial zwischen dieser sowie der bestehenden Höchstspannungsleitungen zu verringern.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>bzw. begrenzt werden. Deshalb regt das Unternehmen an, die verfahrensgegenständliche Planung auf Modifizierungsmöglichkeiten hin zu überprüfen. Es wird in diesem Zusammenhang insbesondere um eine Einbeziehung des Gedankens von § 50 BImSchG, planerisch steuernde Vorsorge zur Vermeidung neuer Konfliktpotentiale zu treffen, gebeten. Gerade mit Blick auf die vorliegende Planung kommt dem immissionschutzrechtlichen Trennungsgebot ein besonderes Gewicht zu. Denn dort würden bereits vorhandene wirtschaftliche Nutzungen und die neu entstehenden, sensiblen Nutzungen als Schule und Kindertagesstätte auf bislang nicht entsprechend genutzten Flächen aufeinandertreffen.</p>		<p>Gesetzliche Regelungen erfolgten über die 26. BImSchV. Hier werden Grenzwerte für gesetzliche Grenzwerte festgesetzt. Diese Anforderungen der 26. BImSchV werden gemäß einer Ersteinschätzung deutlich eingehalten.</p> <p>Der in Deutschland gültige gesetzliche und damit auch rechtlich verbindliche Grenzwert für die Immissionen durch Magnetfelder von Hochspannungsleitungen des öffentlichen Stromnetzes beträgt gemäß der 26. BImSchV 100.000 nT (Nanotesla). Dieser Grenzwert gilt offiziell auch für Daueraufenthaltsbereiche von Personen. Er wurde bei den Messungen auf dem Plangebiet zu knapp 1,6 % ausgeschöpft. Der Grenzwert für Immissionen durch elektrische Felder von Hochspannungsleitungen beträgt 5.000 V/m (Volt pro Meter). Dieser Grenzwert wurde bei den Messungen vom 29.12.2016 zu knapp 6,3 % ausgeschöpft.</p> <p>Vorsorgeorientierte Regelungen empfehlen jedoch erheblich niedrigere Richtwerte. Das Land Nordrhein-Westfalen hat daher eigene Regelungen zum vorsorgenden Gesundheitsschutz bei elektromagnetische Immissionen durch Hochspannungsleitungen erlassen, die über die Anforderungen der 26. BImSchV hinausgehen. Seit 1998 gilt in Nordrhein-Westfalen für die Planung von neuem Wohnraum ein Abstandserlass, der einen seitlichen Abstand zur Trassenmitte bei 110 kV-Hochspannungsleitungen von mindestens 10 m, bei 220 kv-Leitungen von mindestens 20 m und bei 380 kV-Leitungen von mindestens 40 m vorschreibt. Diese Abstände werden durch die Planung eingehalten.</p>
<p>Weiterhin weist das Unternehmen nochmals auf Planung des Projekts Ultranet hin. Dieses Vorhaben setzt Amprion gemeinsam mit dem Übertragungsnetzbetreiber TransnetBW um. Bei Ultranet handelt es sich um eine Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (kurz HGÜ), die Nordrhein-Westfalen mit Baden-Württemberg verbindet (Vorhaben Osterath- Philippsburg gemäß Bundesbedarfsplan). Das Vorhaben soll dabei vorhande-</p>	<p>Prüfung im weiteren Verfahren</p>	<p>Im weiteren Verfahren wird geprüft, welche Auswirkungen die Ultranet-Planungen für das Vorhaben haben.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>ne Freileitungen optimal nutzen. Dies ist auch für die im Be- treff unter 1. aufgeführte Leitung geplant und entspricht dem Grundsatz 8.2-1 des Landesentwicklungsplanes NRW, wo- nach der Ausbau des bestehenden Netzes unter Nutzung vorhandener Trassen Vorrang vor dem Neubau von Leitungen auf neuen Trassen hat.</p> <p>Es wird daher darum geben mit Blick auf die o. a. Grundsätze des LEP NRW und den fortgeschrittenen Verfahrensstand des Vorhabens Ultramet um dessen hinreichende Berücksichtigung im Rahmen der vorliegenden 4. FNP-Änderung und Aufstel- lung des Bebauungsplans Nr. 087.</p> <p>Das Unternehmen befindet sich im Bereich des genannten Vorhabens bereits im Verfahren der Bundesfachplanung ge- mäß §§ 4ff. des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes Über- tragungsnetz (NABEG) mit der Bundesnetzagentur (BNetzA) als verfahrensführender Behörde. Am 19. April 2016 hat eine von der BNetzA durchgeführte Antragskonferenz gemäß § 7 Abs. 1 NABEG stattgefunden. Das Unternehmen verweist in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Antragsunterta- gen zur Bundesfachplanung, die der Gemeinde Alfter aus der Verfahrensbeteiligung durch die BNetzA bekannt sind. Derzeit erstellt das Unternehmen die Unterlagen zur Bundesfachpla- nung gem. § 8 NABEG. Die Bundesfachplanung wird mit einer Bestimmung des Trassenkorridores für das Ultramet-Projekt abschließen. Es folgt dann das entsprechende Planfeststel- lungsverfahren für die künftige Leitungsverbindung.</p> <p>Des Weiteren hat das Unternehmen in die Pläne der Varianten 2 und 6 den Verlauf der o. g. Höchstspannungsfreileitungen mit den Schutzstreifengrenzen und Maststandorten einge- zeichnet. In der Begründung des Bebauungsplanes unter Pkt. 3.3.1 wird bereits darauf hingewiesen, dass die Entscheidung, welcher der beiden Varianten der Vorzug gegeben werden soll, noch aussteht. Nach dieser Entscheidung soll dann der eigentliche Bebauungsplanentwurf (Rechtsplan) erarbeitet werden. Das Unternehmen geht davon aus, dass ihm zur ge- gebenen Zeit entsprechend nochmals zur Prüfung und Stel-</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p>	<p>Im Zuge der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wird das Unternehmen nach Erstellung des Bebauungsplans erneut im Verfahren beteiligt.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>lungnahme beteiligt wird.</p> <p>Es wird um Beachtung der o.g. Hinweise und um weitere Beteiligung in diesem Verfahren gebeten.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Zum Umgang zu den oben genannten Hinweisen wird auf die vorstehenden Abwägungspunkte verwiesen. Das Unternehmen wird nach Erstellung des Bebauungsplans im Zuge der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB erneut im Verfahren beteiligt.</p>
<p>T2 Bezirksregierung Arnsberg mit Schreiben vom 19.04.2018</p> <p>Das Plangebiet liegt über dem bereits erloschenen, auf Eisenerz verliehenen Bergwerksfeld "Friedhelm". Rechtsnachfolgerin der letzten Eigentümerin ist die MAN SE in München, vertreten durch die MAN GHH Immobilien GmbH, Sterkrader Venn 2 in 46145 Oberhausen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Ein entsprechender Hinweis wird in den Bebauungsplan übernommen.</p>
<p>Nach den der Bezirksregierung derzeit hier vorliegenden Unterlagen ist kein Bergbau innerhalb der Planmaßnahme dokumentiert.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>entfällt</p>
<p>Zu Anpassungs- oder Sicherungsmaßnahmen bezüglich bergbaulicher Einwirkungen kann der o. g. Rechtsnachfolger um Stellungnahme gebeten werden.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>entfällt</p>
<p>Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrunde liegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundlagen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens- oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden. Soweit Sie als berechtigte öffentliche Stelle Zugang zur Behördenversion des Fachinformationssystems "Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW" (FIS</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>entfällt</p>

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>GDU) besitzen, haben Sie hierdurch die Möglichkeit; den jeweils aktuellen Stand der hiesigen Erkenntnisse zur bergbaulichen Situation zu überprüfen. Details über die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten dieses Auskunftssystems finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg (www.bra.nrw.de) mithilfe des Suchbegriffs "Behördenversion GDU".</p>		
<p>T3 Bezirksregierung Köln, Dez. 53 mit Schreiben vom 06.04.2018</p>		
<p>Zur Aufstellung der vorgenannten Bauleitpläne verweist die Bezirksregierung auf eine Stellungnahme vom 10.08.2016, 53.6.2. Demgegenüber ergeben sich aus dem Zuständigkeitsbereich der Bez.-Reg., Dez. 53 keine weiteren Anregungen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Im Schreiben vom 10.08.2016 erfolgte der Hinweis auf die Hochspannungsfreileitungen mit 380 kV, 220 kV und 110kV. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens erfolgt daher eine Untersuchung des Elektromog. Im Rahmen der Untersuchung ist zu prüfen, ob ein Ausschluss von Nutzungen, die mit dem mehr als nur vorübergehenden Aufenthalt von Menschen verbunden sind, in einem entsprechenden Streifen erfolgen sollte.</p>
<p>Dass eine gutachterliche Untersuchung zur Ermittlung der Immissionsbelastung durch elektromagnetische Felder im Plangebiet durchgeführt werden soll, hat die Bez.-Reg. zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>entfällt</p>
<p>T4 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Ref. I 3 mit Schreiben vom 06.04.2018</p>		
<p>Gegen die im Betreff genannte Maßnahme hat die Bundeswehr keine Bedenken bzw. keine Einwände. Ich gehe davon aus, dass bauliche Anlagen - einschließlich untergeordneter Gebäudeteile eine Höhe von 30 m nicht überschreiten. Sollte entgegen meiner Einschätzung diese Höhe überschritten werden, bitte ich in jedem Einzelfalle mir die Planungsunterlagen - vor Erteilung einer Baugenehmigung - zur Prüfung zuzuleiten.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Es sind keine Gebäudehöhen von 30 m oder darüber vorgesehen.</p>
<p>Werden Kräne zur Maßnahme benötigt, die eine Höhe von 30 Metern überschreiten, weise ich darauf hin, dass diese separat</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Entsprechende Maßnahmen sind im nachgeordneten Baugenehmigungsverfahren zu beachten.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>unter lufabw1d@bundeswehr.org oder bei Hr. Inay unter 02203-908-3625 anzuzeigen sind.</p>		
<p>T5 Deutsche Bahn AG mit Schreiben vom 23.04.2018</p> <p>Durch den im Betreff genannten Bebauungsplan werden die Belange der DB AG und ihrer Konzernunternehmen nicht berührt. Wir haben weder Bedenken noch Anregungen vorzubringen. Auf die durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehenden Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall usw.) wird vorsorglich hingewiesen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Die Hinweise zu den Emissionen werden zur Kenntnis genommen.</p>
<p>T6 e-regio GmbH & Co. KG mit Schreiben vom 29.04.2018</p> <p>e-regio GmbH & Co. KG: Seitens der e-regio bestehen keine Bedenken gegen die beabsichtigten Verfahren, solange der Bestand der Leitungsanlagen gewährleistet wird. Innerhalb des dargestellten Planbereichs sind Leitungsanlagen zur Erdgas-Versorgung vorhanden. Im Zuge der weiteren Entwicklung des Planbereiches kann das Erdgas-Versorgungsnetz -den Bedürfnissen entsprechend- von den bestehenden Gasversorgungsanlagen in den umliegenden Straßen aus erweitert werden. Alternativ zur konventionellen Erdgasversorgung wäre auch ein Nahwärme-konzept denkbar. Gerne beraten wir Sie hierzu und unterbreiten Ihnen auch ein entsprechendes Angebot.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Die Leitungsanlagen befinden sich in Bereich der öffentlichen Verkehrsflächen. Diese sollen zukünftig auch öffentliche Verkehrsflächen bleiben.</p>
<p>Wasserwerk der Gemeinde Alfter: Seitens des Wasserwerkes bestehen keine Bedenken gegen die beabsichtigten Verfahren, solange der Bestand der Leitungsanlagen gewährleistet wird. Innerhalb des dargestellten Planbereichs sind Leitungsanlagen zur Trinkwasserversorgung bereits vorhanden. Im Zuge der weiteren Entwicklung des Planbereiches kann das Trinkwasser-Versorgungsnetz -den Bedürfnissen entsprechend- von den bestehenden Wasserversorgungsanlagen in den umliegenden Straßen aus erweitert werden.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Die Leitungsanlagen befinden sich im Bereich der öffentlichen Verkehrsflächen. Diese sollen zukünftig auch öffentliche Verkehrsflächen bleiben.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>Das vorgesehene Plangebiet zur Aufstellung des Bebauungsplanes N. 087 "Im Kloostergarten" bzw. der 4. Änderung Flächennutzungsplan "Im Kloostergarten" in der Ortslage Oedekoven befindet sich nördlich, außerhalb des ausgewiesenen Wasserschutzgebietes bzw. Wassereinzugsgebietes, im Grundwasserabstrom der Wassergewinnungsanlage Heidgen der Gemeinde Alfter. Unter der Voraussetzung der Beachtung der gesetzlich generell gültigen Maßgabe zur sicheren Gewährleistung eines grundsätzlich gebotenen Grundwasserschutzes, bestehen aus wasserwirtschaftlicher Sicht seitens der e-regio gegen die o. g. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 087 "Im Kloostergarten" und der geplanten 4. Änderung des Flächennutzungsplanes "Im Kloostergarten" keine grundsätzlichen Bedenken.</p>	Kenntnisnahme	entfällt
<p>Für die Löschwasserversorgung nach DVGW-Arbeitsblatt W 405 können aus dem öffentlichen Trinkwassernetz als Grundschutz insgesamt 1.600 l/min (96 m³/h) Löschwasser über 2 Stunden zur Verfügung gestellt werden. Dies gilt unter Berücksichtigung aller Entnahmemöglichkeiten am öffentlichen Trinkwassernetz im Umkreis von 300m um das Brandobjekt. Diese Zusage gilt nur bei einem störungsfreien Betrieb, einer Wasserabnahme eines Normaltags und solange das Wasser-versorgungsunternehmen nicht durch höhere Gewalt oder sonstige Umstände, deren Beseitigung ihm wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, gehindert ist. Bei darüber hinausgehenden Anforderungen für den Objektschutz müssen diese Mengen individuell durch den Grundstückseigentümer bereitgestellt werden.</p>	Kenntnisnahme	entfällt
<p><u>Hinweise für die Verlegung von Versorgungsleitungen:</u> Um spätere Aufbrüche in Fahrbahnen zu vermeiden empfiehlt das Unternehmen, die Versorgungsleitungen gebündelt in den Nebenanlagen (Gehwegen, Parkstreifen o.ä.) unterzubringen. Die Breite dieser Nebenanlagen ist so zu dimensionieren, dass die geforderten Sicherheitsabstände der Versorgungsleitungen untereinander eingehalten werden können. Als Richtmaß sollte hier eine Mindestbreite von 1,50 m für Gas-, Was-</p>	Kenntnisnahme	entfällt

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

Zu den Stellungnahmen aus der Öffentlichkeits- sowie Träger- und Behördenbeteiligung werden nach erfolgter Interessenabwägung folgende Beschlüsse gefasst:

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>ser-, Strom- und Kommunikationsleitungen gelten. Diesbezüglich sind zwingend auch die Mindestabstände zu evtl. Nahwärmerversorgungsleitungen zu beachten.</p> <p><u>Hinweis zu Baumstandorten / Bepflanzungen:</u> Das Unternehmen weist darauf hin, dass eventuell geplante Ausgleichsmaßnahmen, insbesondere das Anpflanzen von Bäumen, grundsätzlich außerhalb von Leitungstrassen anzustreben sind. Weitere Informationen hierzu enthält das technische Merkblatt DVGW GW 125 "Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle", aktualisiert erschienen im Februar 2013, ergänzt durch das Beiblatt zu GW 125, erschienen im März 2016. Es gilt, Präventivmaßnahmen zu ergreifen zum Schutz von Ver- und Entsorgungsleitungen vor dynamischen und statischen Belastungen durch Baumwurzeln. Der Präventivschutz reicht von der Baumart-Auswahl bis zu sinnvollen und wirksamen technischen Schutzmaßnahmen. Zu den kritischen Baumarten zählen nach derzeitigem Kenntnisstand: Ahorn, Götterbaum, Rosskastanie, Pappel, Platane und Blauzeder. Das Unternehmen bittet, dies bei der Aufstellung der Pflanzliste entsprechend zu berücksichtigen.</p>	Kenntnisnahme	Im weiteren Verfahren werden die externen Ausgleichsmaßnahmen ermittelt. Hierbei wird darauf geachtet, dass keine negativen Auswirkungen auf bestehende Leitungen erfolgen.
<p>Abwasserwerk der Gemeinde Alfter: Auch seitens des Abwasserwerkes bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen das beabsichtigte Verfahren.</p>	Kenntnisnahme	entfällt
<p>Generalentwässerungsplanung / Netzgenehmigung / ABK: Die zur Bebauung vorgesehene Fläche ist in der aktuellen Entwässerungsplanung für das Einzugsgebiet der Kläranlage Bonn-Duisdorf berücksichtigt. In der Hydraulik wurde mit unterschiedlichen Befestigungsgraden gerechnet; ebenso sind unterschiedliche Anschlusspunkte vorgesehen (s. nachfolgende Erläuterungen).</p>	Kenntnisnahme	entfällt
<p>Entwässerung „häusliches Schmutzwasser“: <u>Bereich Schule:</u> Die Beseitigung des häuslichen Schmutzwassers ist lt. GEP in Richtung „Am Tempelhof“ vorgesehen, könnte aber auch über die vorhandene Kanalisation in der Straße „Im Klostergarten“ erfolgen. Dort stünden mehrere</p>	Kenntnisnahme	Der Entsorgung des häuslichen Schmutzwassers wird im weiteren Verfahren im Rahmen eines Entwässerungskonzeptes untersucht. Eine Kindertagesstätte ist nicht mehr vorgesehen.

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>Anschlusspunkte zur Verfügung. Evtl. muss das SW über getrennte Leitungen entsorgt werden.</p> <p><u>Bereich Kindertagesstätte:</u> Die Beseitigung des häuslichen Schmutzwassers kann über die vorhandene Kanalisation in den Straßen „Malteserweg“ oder „Im Klostergarten“ erfolgen. Dort stehen mehrere Anschlusspunkte zur Verfügung.</p> <p><u>Bereich Sporthalle:</u> Die Beseitigung des häuslichen Schmutzwassers kann über die vorhandene Kanalisation in der „Tempelstraße“ oder „Im Klostergarten“ erfolgen. Dort stehen mehrere Anschlusspunkte zur Verfügung.</p> <p>Entwässerung "gewerbliches Abwasser": Aussagen zum Anfall von gewerblichem Abwasser liegen aktuell nicht vor. Bzgl. der Beseitigung gewerblichen Abwassers gelten grundsätzlich die gleichen Anmerkungen wie zur Entwässerung häuslichen Schmutzwassers.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Der Entsorgung des gewerblichen Schmutzwassers wird im weiteren Verfahren im Rahmen eines Entwässerungskonzeptes untersucht.</p>
<p>Niederschlagswasserbeseitigung</p> <p>Zentrale öffentliche Versickerung: Aufgrund der für diesen Planbereich bereits vorliegenden hydro-geologischen Untersuchungen scheidet eine öffentliche Versickerung des Niederschlagswassers innerhalb des Bebauungsplangebietes aus.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass eine öffentliche Versickerung des Niederschlagswassers innerhalb des Bebauungsplangebietes ausgeschlossen ist. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird im Rahmen eines Entwässerungskonzeptes die Niederschlagswasserbeseitigung untersucht.</p>
<p>Ortsnahe Einleitung in ein Gewässer (Trennsystem): Das nächst gelegene Gewässer ist der Hardtbach. Aufgrund der baulichen Gegebenheiten scheidet u. E. eine Gewässereinleitung aus.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Es wird ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass eine ortsnahe Einleitung in ein Gewässer aus Sicht der Gesellschaft ausscheidet. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird im Rahmen eines Entwässerungskonzeptes die Niederschlagswasserbeseitigung untersucht.</p>
<p>Dezentrale private Versickerung: Aufgrund des Ergebnisses der hydro-geologischen Untersuchungen scheidet auch eine private Versickerung des Nieder-</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Es wird ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass eine dezentrale Versickerung aus Sicht der Gesellschaft aus-</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>schlagswassers innerhalb des Bebauungsplangebietes aus.</p> <p>Anschluss an die Mischkanalisation: Da das Bebauungsplangebiet in der Abwasserplanung als Mischgebiet ausgewiesen und entsprechend berücksichtigt wurde, bestehen gegen die Einleitung des Niederschlagswassers in die Kanalisation grundsätzlich keine Bedenken. Es sind jedoch unterschiedliche Befestigungsgrade bzw. abflusswirksame Flächen und Anschlusspunkte zu beachten:</p> <p><u>Bereich Schule:</u> Der Befestigungsgrad wurde in der Hydraulik mit 50 % angenommen. Anschlusspunkt für die Regenwasserableitung ist lt. GEP in der Straße „Am Tempelhof“, mit Fließrichtung „Im Klostergarten“ und „Alfterer Straße“ etc. Für die Ableitung des RW parallel zum Schmutzwasser muss zunächst die Hydraulik der Kanalisation „Im Klostergarten“ (anderer Leitungsstrang) untersucht werden. Bei größerem Befestigungsgrad oder wenn eine andere Fließrichtung als im GEP vorgegeben gewählt wird, muss eine private Rückhaltung errichtet und betrieben werden.</p> <p><u>Bereich Kindertagesstätte:</u> Der Befestigungsgrad wurde in der Hydraulik mit 50 % angenommen. Die Beseitigung des Regenwassers kann über die vorhandene Kanalisation in den Straßen "Malteserweg" oder „Im Klostergarten“ erfolgen. Dort stehen mehrere Anschlusspunkte zur Verfügung. Bei größerem Befestigungsgrad muss eine private Rückhaltung errichtet und betrieben werden.</p> <p><u>Bereich Sporthalle:</u> Der Befestigungsgrad wurde in der Hydraulik mit 60% angenommen. Die Beseitigung des häuslichen Schmutzwassers kann über die vorhandene Kanalisation in der „Tempelstraße“ oder „Im Klostergarten“ erfolgen. Dort stehen mehrere Anschlusspunkte zur Verfügung. Bei größerem Befestigungsgrad muss eine private Rückhaltung errichtet und betrieben werden.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>scheidet. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird im Rahmen eines Entwässerungskonzeptes die Niederschlagswasserbeseitigung untersucht.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Einleiten des Regenwassers in die Mischkanalisation unter den genannten Faktoren aus Sicht der Gesellschaft möglich ist. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird im Rahmen eines Entwässerungskonzeptes die Niederschlagswasserbeseitigung untersucht. Eine Kindertagesstätte ist nicht mehr vorgesehen.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>Überflutungsbetrachtung Die Topografie der zur Bebauung vorgesehenen Flächen weist ein Nord-Süd bzw. Nord-Südost Gefälle auf. Im Zuge der weiteren Planungen ist eine Überflutungsbetrachtung für Starkregenereignisse durchzuführen, bei der besonders auf die Überschwemmungsgefährdung der Grundstücke zu achten ist. Der Entwässerungskomfort der einzelnen Gebäude hängt erheblich von der vorhandenen Topographie, der Art und Weise der Bebauung sowie der Anlage der Hausinstallation ab. Tiefgaragen, Kellergeschosse mit Lichtschächten, Zufahrten oder Rampen die nach unten führen etc. und unterhalb der Rückstauenebene (Straßenoberfläche) liegen, sind besonders gefährdet.</p>	Der Anregung wird gefolgt.	Im Rahmen eines noch aufzustellenden Entwässerungskonzeptes erfolgt auch eine Betrachtung für Starkregenereignisse.
<p>Bestandsschutz der öffentlichen Abwasseranlage: Die Arbeiten in unmittelbarer Nähe der öffentlichen Abwasseranlage sowie zum Anschluss an den Bestand sind frühzeitig mit dem Abwasserwerk Alfter / Betriebsführung durch e-regio abzustimmen.</p>	Kenntnisnahme	entfällt
<p>T 7 Evangelische Kirchengemeinde am Kottenforst mit Schreiben vom 16.04.2018</p> <p>Die Ev. Kirchengemeinde am Kottenforst begrüßt die Initiative der Freien Christlichen Schule Sonn zum Neubau einer Gesamtschule im Klostergarten aus folgenden Gründen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Bau dieser Schule ist ein wichtiges Signal in unserer Gesellschaft, gerade auch in der Gemeinde Alfter, die zurzeit keine eigene weiterführende Schule hat. 2. Eine evangelische Bekenntnisschule wäre eine Alternative für evangelisch geprägte Christen in einer Region, in der es überwiegend katholische Bekenntnisschulen gibt (Ursulinenschule Hersel, Collegium Josephinum Bonn, Liebfrauensschule Bann, St. Josephs-Gymnasium Rheinbach oder auch die St. Anna-Grundschule in Alfter). 3. Die evangelische Bekenntnisschule kann eine gute Ergänzung zu einer öffentlichen Gesamtschule in Alfter bieten und anderen Kindern in Alfter einen ortsnahe bzw. inter- 	Kenntnisnahme	entfällt

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

Zu den Stellungnahmen aus der Öffentlichkeits- sowie Träger- und Behördenbeteiligung werden nach erfolgter Interessenabwägung folgende Beschlüsse gefasst:

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>nen Schulbesuch ermöglichen.</p> <p>4. Mit dem Bau einer weiteren Turnhalle würde die Situation der Turnhallenbelegung in Alfter sich entspannen. Hiervon würden auch Alfterer Sportvereine profitieren.</p> <p>5. Hinter dem Bau steht ein Investor, der ca. 25. Millionen Euro zur Verfügung stellen möchte. Diese Gelegenheit sollte nicht ungenutzt gelassen werden.</p> <p>6. Die Schule zeichnet sich bisher durch ein hohes, auch ehrenamtliches Engagement aus. Der Neubau dieser Schule wäre eine Wertschätzung dieser Arbeit.</p> <p>7. Die Gemeinde Alfter kann von diesem für sie fast kostenneutralen Projekt nur profitieren, da das Risiko ja beim Träger der Schule liegt.</p> <p>8. Die Gemeinde Alfter hätte eine weiterführende Schule auch für den Fall, dass die öffentliche Gesamtschule nicht zustande kommt oder in Zukunft nicht so angenommen werden sollte, wie geplant.</p> <p>Die Evangelische Kirchengemeinde am Kottenforst sieht jedoch auch die Bedenken der Anwohner hinsichtlich der Größe des Baus. Sie gibt daher zu Bedenken, ob die Schule nicht auch dreizügig geplant werden kann, so dass der Bau kleiner angelegt werden könnte.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>	<p>Eine Vierzügigkeit ist für die Schaffung eines angemessenen Schulangebotes von großer Bedeutung und soll daher beibehalten werden. Jedoch wurde die Anzahl der Schüler von 825 auf 780 reduziert. Durch diese Maßnahme können die Klassengrößen sowie auch die Baumasse der Schule reduziert werden. Die Zahl der Vollgeschosse entlang der Straße „Im Klostergarten“ wird von vier auf drei Vollgeschosse reduziert. Ebenso wird auf die Errichtung einer Kindertagesstätte verzichtet.</p>
<p>Vielleicht wäre ja auch künftig in der Sek. II eine Kooperation mit der geplanten Gesamtschule in Alfter möglich, ähnlich wie das Hardtberg-Gymnasium und das Carl von Ossietzky-Gymnasium miteinander in der Sek. II kooperieren. Dies könnte den Schulstandort Alfter noch einmal attraktiver werden lassen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Regelungen zu Kooperationen von Schulen überschreiten den Regelungsbedarf eines Bebauungsplanes. Zum derzeitigen Zeitpunkt ist keine Kooperation vorgesehen. Aufgrund der vorstehend genannten Reduzierung der Schüleranzahl konnte das Gebäude jedoch auch ohne Kooperation in seinen Ausmaßen reduziert werden.</p>
<p>Zusammengefasst lässt sich daher sagen, dass die Ev. Kirchengemeinde am Kottenforst den Bau der Freien Christlichen Gesamtschule begrüßt, die Bedenken der Anwohner aufgegriffen und nach Möglichkeit in der Planung berücksichtigt werden</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Zu den Bedenken der Anwohner wird auf die vorstehende Abwägung verwiesen.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>sollten. Eine schnelle Umsetzung des Baus wäre dringend erforderlich, da die Schüler der Gesamtschule schon seit einigen Jahren in einem Provisorium von Containern unterrichtet werden.</p>		
<p>T8 Polizeipräsidium Bonn Direktion Verkehr / FüSt – Verkehrsplanung- mit Schreiben vom 23.03.2018</p>		
<p>Zum derzeitigen Planungsstand und basierend auf dem Zwischenbericht des Dipl.-Ing. Bernhard Lutterbeck, bestehen aus verkehrspolizeilicher Sicht keine Bedenken.</p>	Kenntnisnahme	entfällt
<p>Leider ist zum jetzigen Zeitpunkt den Unterlagen nicht zu entnehmen, wie die zukünftige Radverkehrsführung, insbesondere auf dem Campus "Am Kloostergarten", sein wird.</p>	Der Anregung wird gefolgt.	Im weiteren Verfahren wird die Radwegeführung konkretisiert. Entsprechende Ausführungen werden im Verkehrsgutachten und der Begründung dargestellt.
<p>T9 Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen mit Schreiben vom 28.03.2018</p>		
<p>Gegen die o.g. Bauleitplanung bestehen seitens der Straßenbauverwaltung vom Grundsatz her keine Bedenken.</p>	Kenntnisnahme	entfällt
<p>Nach dem der Bauleitplanung beigefügten Verkehrsgutachten ist davon auszugehen, dass die vorhandenen Anbindungen eine leistungsfähige und sichere Verkehrsabwicklung bieten, sofern eine Anpassung des Signalprogramms erfolgt. Im Falle einer solchen Änderung ist die verkehrliche Abwicklung auf der Bundes-/ Landesstraße nicht herabzusetzen. Änderungskosten gehen zu Lasten der Gemeinde Alfter.</p>	Kenntnisnahme	Evtl. Maßnahmen gehen zu Lasten des Projektträgers.
<p>Weitere Entwicklungen im Umfeld sind zu vermeiden und werden wahrscheinlich größere Straßenbaumaßnahmen erforderlich machen.</p>	Kenntnisnahme	Sollten weitere Entwicklung im Umfeld angestrebt werden, sind diese über separate Planverfahren zu untersuchen.
<p>Aus der Planung heraus bestehen gegenüber der Straßenbauverwaltung keine rechtlichen Ansprüche auf aktive und/oder passive Schutzmaßnahmen gegen Verkehrsemissionen der L 113 oder B 56 auch künftig nicht. Dabei weist der</p>	Kenntnisnahme	Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird ein Lärmgutachten erstellt. Dieses wird auch den Verkehrslärm und ggf. Reflexionen untersuchen. Ggf. sind daraus Maßnahmen für das Vorhaben abzuleiten (Schutz vor Ver-

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>Stellungnehmer auch darauf hin, dass bei Hochbauten mit Lärmreflexionen zu rechnen ist. Eventuell notwendige Maßnahmen gehen zu Lasten der Gemeinde Alfter.</p> <p>Im Bebauungsplan ist zeichnerisch und/oder textlich auf die Verkehrsemissionen (Staub, Lärm, Abgase) der angrenzenden oder in der Nähe liegenden Straßen hinzuweisen (§ 9 Abs. 1 Ziff. 24 BauGB). Notwendige Schutzmaßnahmen gehen allein zu Lasten der Kommunen / der Vorhabenträger und nicht zu Lasten der Straßenbauverwaltung.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p>	<p>kehrslärm). Rechtliche Ansprüche auf aktiven und / oder passiven Lärmschutz durch den Verkehrslärm der L 113 oder B 56 werden gegen den Landesbetrieb nicht geltend gemacht. Evtl. Maßnahmen wären durch den Projektträger vorzunehmen.</p> <p>In den Bebauungsplan wird ein Hinweis auf die Verkehrsemissionen aufgenommen. Ggf. notwendige Schutzmaßnahmen werden vom Projektträger getragen.</p>
<p>T 10 Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen mit Schreiben vom 28.03.2018</p>		
<p>4. Flächennutzungsplanänderung Oedekoven „Im Klostergarten“</p>		
<p>Gegen die o.g. Bauleitplanung bestehen seitens der Straßenbauverwaltung vom Grundsatz her keine Bedenken.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>entfällt</p>
<p>Aus der Planung heraus bestehen gegenüber der Straßenbauverwaltung keine rechtlichen Ansprüche auf aktive und/oder passive Schutzmaßnahmen gegen Verkehrsemissionen der L 113 oder B 56 auch künftig nicht. Dabei weist der Stellungnehmer auch darauf hin, dass bei Hochbauten mit Lärmreflexionen zu rechnen ist. Eventuell notwendige Maßnahmen gehen zu Lasten der Gemeinde Alfter.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Im Rahmen des parallel aufzustellenden Bebauungsplanverfahrens wird ein Lärmgutachten erstellt. Dieses wird auch den Verkehrslärm und ggf. Reflexionen untersuchen. Ggf. sind daraus Maßnahmen für das Vorhaben abzuleiten (Schutz vor Verkehrslärm). Rechtliche Ansprüche auf aktiven und / oder passiven Lärmschutz durch den Verkehrslärm der L 113 oder B 56 werden gegen den Landesbetrieb nicht geltend gemacht. Evtl. Maßnahmen wären durch den Projektträger vorzunehmen.</p>
<p>Im Bebauungsplan ist zeichnerisch und/oder textlich auf die Verkehrsemissionen (Staub, Lärm, Abgase) der angrenzenden oder in der Nähe liegenden Straßen hinzuweisen (§ 9 Abs. 1 Ziff. 24 BauGB). Notwendige Schutzmaßnahmen gehen allein zu Lasten der Kommunen / der Vorhabenträger und nicht zu Lasten der Straßenbauverwaltung.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt</p>	<p>In den parallel aufzustellenden Bebauungsplan wird ein Hinweis auf die Verkehrsemissionen aufgenommen. Ggf. notwendige Schutzmaßnahmen werden vom Projektträger getragen.</p>

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>T11 Landwirtschaftskammer Rhein-Sieg-Kreis Mit Schreiben vom 25.04.2018</p> <p>Gegen die o.g. Planungen der Gemeinde Alfter bestehen seitens der Kreisstelle Rhein-Sieg-Kreis der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen keine grundsätzlichen Bedenken. Die Abnahme an Gewerbefläche sollte jedoch keinen zusätzlichen Bedarf an Gewerbefläche auslösen. In diesem Zusammenhang verweist die Landwirtschaftskammer auf ihre Stellungnahme vom 25.08.2016.</p> <p>Weiterhin regt die Landwirtschaftskammer für die Berechnung des Kompensationsflächenbedarfs die Anwendung der "Numerischen Bewertung von Biotoptypen für die Eingriffsregelung in NRW, 2008" des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) als anerkanntes Verfahren nach dem aktuellen Stand an. Dies bestätigt auch der Einführungserlass zum Landschaftsgesetz für Eingriffe durch Straßenbauvorhaben (ELES).</p> <p>Ferner geht die Landwirtschaftskammer davon aus, dass die notwendigen Kompensations- und Ausgleichsmaßnahmen so weit wie möglich im Plangebiet vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang sind Dach- und Fassadenbegrünungen, Anlagen von Gehölzstrukturen und Grünstreifen zu nennen.</p> <p>Falls der Ausgleich nicht vollständig im Plangebiet zur realisieren ist, regt die Landwirtschaftskammer an, die weiteren Kompensations- und Ausgleichsmaßnahmen mit den im Rahmen der EU-Wasserrahmenrichtlinie geplanten Maßnahmen am Alfterer Bornheimer Bach zusammenzulegen. Falls weitere Kompensations- und Ausgleichsmaßnahmen umzusetzen wären, befürwortet die Landwirtschaftskammer, diese über produktionsintegrierte Maßnahmen im Ackerbau in Zusammenarbeit mit der "Stiftung Rheinische Kulturlandschaft" zu</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Prüfung</p> <p>Prüfung</p>	<p>Bei Umsetzung der Planung würde eine im Flächennutzungsplan als größtenteils gewerbliche Baufläche dargestellte Fläche in Anspruch genommen.</p> <p>Die „Numerischen Bewertung von Biotoptypen für die Eingriffsregelung in NRW, 2008" stellt die Standardberechnung für die Berechnung des Kompensationsbedarfes dar und soll nach derzeitigem Kenntnisstand auch in diesem Verfahren angewandt werden.</p> <p>Die Kompensations- und Ausgleichsmaßnahmen liegen verfahrensgemäß noch nicht vor. Im Weiteren Verfahren wird geprüft, welche Maßnahmen im Plangebiet umgesetzt werden können.</p> <p>Im weiteren Verfahren wird geprüft, welche externen Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden können. Hierbei werden auch die Aspekte der menschlichen Daseinsfürsorge in die Abwägung eingestellt.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>realisieren. Dadurch könnte der Verlust weiterer wertvoller landwirtschaftlicher Flächen vermieden werden.</p> <p>Wir bitten um Berücksichtigung der Wertigkeiten betroffener landwirtschaftlicher Flächen für die menschliche Daseinsfürsorge auch im Hinblick auf die Festsetzungen des LEP, Punkt 7.5-1 und 7.5-2. Dies gilt auch für den Aspekt der Platzierung der Ausgleichsmaßnahmen, da für die Ernährungsfürsorge wichtige landwirtschaftliche Flächen zu schützen sind.</p>		
<p>T 12 LVR, Amt für Bodendenkmalpflege mit Schreiben vom 24.04.2018</p>		
<p>Wie in der Stellungnahme zur Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB dargelegt, liegen für das Plangebiet zahlreiche Hinweise auf vorgeschichtliche und römische Befunde vor. Diese belegen, dass das gesamte Areal an der Medinghovener Straße - und damit auch das Plangebiet - von der Eisenzeit, Römerzeit bis ins Mittelalter intensiv besiedelt war. Zahlreiche Untersuchungen im Zusammenhang mit Planungen und Bauvorhaben aus der unmittelbaren Umgebung der Fläche bestätigen dies immer wieder. Es ist daher mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass zumindest in Teilflächen des o.a. Planungsareals vorgeschichtliche, römische und mittelalterliche Siedlungsreste sowie Gräber als ortsfeste Bodendenkmäler erhalten sind. Diese Fakten sind sowohl für den Umweltbericht wie auch für die Abwägung von erheblicher Bedeutung.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Das Thema Bodendenkmal wird sowohl in den Umweltbericht wie auch in die Abwägung durch den Rat der Gemeinde Alter eingestellt.</p>
<p>Nordwestlich der Medinghovener Straße (früher Almaweg) wurden Teile eines eisenzeitlichen Siedlungsplatzes, eines römischen Landgutes (einschließlich Bestattungen) sowie einer mittelalterlichen Siedlung ermittelt, untersucht und dokumentiert. Dabei wurden die Siedlungsgrenzen nicht erfasst.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Die Erkenntnisse aus anderen Vorhaben in direkter Umgebung werden zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Auf dem Gelände südlich der Medinghovener Straße war bereits 1935 ein Ziegelplattengrab (römische Brandbestattung mit ziegelverkleideter Grabgrube) dokumentiert worden.</p>		

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>Da aufgrund dieses Befundes bereits mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen war, dass weitere römische Bestattungen im Umfeld des Altfundes zu erwarten sind, wurden im Vorfeld eines Bauvorhabens (OBI) Sondagen (2 Schnitte von jeweils von 8 m Breite) angelegt. Im westlichen Schnitt wurden weitere Teilflächen des römischen Gräberfeldes erfasst, dabei wurden fünf römische Brandgräber, z.T. Ziegelplattengräber, freigelegt und dokumentiert. Diese Bestattungen sind im Zusammenhang mit einem nachgewiesenen römischen Landgut (Bauvorhaben ALDI) zu sehen.</p> <p>Darüber hinaus fanden sich zahlreiche metallzeitliche Siedlungsgruben, die im Zusammenhang mit einer eisenzeitlichen Siedlung zu sehen sind, die sowohl beim Bauvorhaben ALDI wie auch in zwei Grundstücken östlich von ALDI und nordwestlich der Medinghovener Straße nachgewiesen wurden. Auch im Zuge der archäologischen Untersuchungen der Straßentrasse/Kreisverkehr im Klostergarten wurden römische und eisenzeitliche Siedlungsbefunde dokumentiert.</p> <p>Im Rahmen der durchzuführenden Umweltprüfung sind die Auswirkungen der geplanten Änderung auf das archäologische Kulturgut (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. d BauGB) zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten (§ 2 Abs. 4 BauGB). Darüber hinaus sind die Belange des Denkmalschutzes und die kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung (§ 1 Abs. 6 Nr. 3 und 5 BauGB) bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen und mit dem ihnen zukommenden Gewicht in die Abwägung einzustellen. Voraussetzung hierfür ist ebenfalls die Ermittlung und Bewertung der Betroffenheit dieser Belange im Rahmen der Zusammenstellung des Abwägungsmaterials (§ 2 Abs. 3 BauGB). Dies gilt unabhängig von der Eintragung in die Denkmalliste auch für nur "vermutete" Bodendenkmäler (§ 3 Abs. 1 Satz 4 DSchG NRW). Den Erhalt der Bodendenkmäler gilt es durch geeignete, die Bodendenkmalsubstanz langfristig sichernde Darstellungen und Festsetzungen zu erreichen.</p> <p>Im vorliegenden Fall ist zunächst eine Ermittlung und Konkretisierung der archäologischen Situation mittels Sachverhalts-</p>	<p>Prüfung im weiteren Verfahren</p>	<p>Durch die geoFact GmbH wurde eine Archäologische Prospektion der Bauflächen mit Geophysik (Magnetik, Georadar) erstellt und in einem Ergebnisbericht vom 04.05.2016 dokumentiert. Die Untersuchungsfläche wurde entlang von Parallelprofilen mit einem Abstand von 0,5 m magnetisch auf drei Feldern vermessen. Auf zwei Teilflächen auf Feld 1 und Feld 3 kam ergänzend das Georadar zum Einsatz, um auffällige magnetische Strukturen detaillierter bewerten zu können. Die Untersuchungsfläche liegt in einem anthropogen stark beanspruchten Gelände. Teile der Fläche sind frei zugänglich und liegen an viel genutzten Wegen und Straßen. Dementsprechend war eine stärkere Belastung der Flächen mit magnetisch wirksamen Störkörpern (Abfall, Müll etc.) zu erwarten. Die Messungen haben dieses Bild bestätigt, wobei sich die Belastung im Wesentlichen durch singuläre voneinander getrennt liegende Anomalien darstellte. Eine durchgehende flächenhafte Belastung lag nur auf Feld 2 vor. Auf Feld 1 und Feld 3 war eine Interpretation der magnetischen Da-</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>ermittlung als Grundlage für die Umweltprüfung zwingend erforderlich (zumal in den beschriebenen Flächen mit erhaltenswerter archäologische Substanz zu rechnen ist, die die Bebauungsmöglichkeiten aufgrund denkmalrechtlicher Vorschriften nachträglich einschränken könnte). Zu überprüfen ist die Fläche hinsichtlich der Existenz von Bodendenkmälern. Art, Erhaltung und Ausdehnung bzw. Abgrenzung und damit die Denkmalqualität i.S.d. § 2 DSchG NRW der ggf. nachgewiesenen Bodendenkmäler sind festzustellen. Das Ergebnis ist im Umweltbericht darzulegen.</p> <p>Der LVR bittet zu berücksichtigen, dass für die Durchführung der notwendigen archäologischen Untersuchungen eine Erlaubnis gem. § 13 DSchG NRW erforderlich ist, welche die Obere Denkmalbehörde im Benehmen mit mir erteilt. Dem entsprechenden Antrag ist regelmäßig ein Konzept des mit der Ausführung Beauftragten beizufügen. Eine Liste archäologischer Fachfirmen ist zur Information beigefügt.</p> <p>Gerne wird das Fachamt eine Leistungsbeschreibung für die Durchführung einer archäologischen Sachverhaltsermittlung zur Verfügung stellen. Sollte dies gewünscht sein, bittet der LVR, sich direkt mit Frau Jenter, e-mail: susanne.jenter@lvr.de, in Verbindung zu setzen.</p> <p>Sobald das Ergebnis der Ermittlung vorliegt, erfolgte eine ergänzende Bewertung zum Schutzgut Kulturgüter, die dann nach der Anlage 1 zu § 2 Abs. 4 BauGB zum Bestandteil des Umweltberichtes werden muss.</p>		<p>ten bzgl. größerer geometrischer Strukturen, wie sie z.B. durch Mauern oder Fundamente hervorgerufen werden können, grundsätzlich in weiten Teilen möglich. Zusammengefasst ergeben sich folgende Ergebnisse:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Feld 1 zeigt zwei Bereiche auf denen flächenhaft magnetische Anomalien auftreten. Eine Auswertung der Georadarmessungen auf dieser Fläche lässt den Schluss zu, dass die Anomalien durch Störkörper verursacht werden, die in den oberen 40 cm liegen. Die Natur der Störkörper ist unbekannt. Eine weitere magnetische Struktur ist eine unregelmäßig verlaufende geschlossene dünne linienhafte Anomalie, deren Ursache unbekannt ist. Die markanten Einzelanomalien 1 – 7 dürften auf senkrecht im Boden steckende Metallteile (z.B. Rohre) zurückzuführen sein. Hinweise auf größere Mauern bzw. Mauerstücke und Fundamente konnten nicht festgestellt werden. - Feld 2 lässt sich aufgrund von zahlreichen unregelmäßig verteilten Störkörpern nicht auswerten. Dieses Feld liegt öffentlich zugänglich zwischen zwei häufig genutzten Wegen. - Feld 3 zeigt ein Segment einer kreisförmigen Doppelstruktur mit einer Ausdehnung von ca. 40 m. Der Abstand der beiden Kreissegmente beträgt ca. 7,50 m. Die geringe Amplitude der Struktur (ca. 2 nT) lässt den Schluss zu, dass es sich hierbei vermutlich um eine Bodenveränderung handelt, z.B. einem verfüllten Graben. Im Bereich der beiden Kreissegmente wurden ergänzend Georadarmessungen durchgeführt. Dabei bestätigten sich die Strukturen. Sie zeichneten sich im Georadar durch Bereiche mit geringer Reflektivität aus. Im Bereich der Struktur S1 und S2 tritt eine auffällige tieferliegende singuläre Anomalie auf (S3, ca. 1 m Tiefe). Im Weiteren konnten auf dem Feld zwei zueinander parallel liegende Lineamente im Abstand von ca. 1,50 m identifiziert werden (S4). Der Bereich B1 zeigt oberflächennah eine Reihe dicht nebeneinanderliegender magnetischer Anomalien. Die Georadarmessungen las-

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<ul style="list-style-type: none"> - Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen - GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen (hier Solotrassen in Zuständigkeit der PLEdoc GmbH) - Viatel GmbH, Frankfurt <p>Diese Auskunft bezieht sich ausschließlich auf die Versorgungsanlagen der hier aufgelisteten Versorgungsunternehmen. Auskünfte zu Anlagen sonstiger Netzbetreiber sind bei den jeweiligen Versorgungsunternehmen bzw. Konzerngesellschaften oder Regionalcentern gesondert einzuholen.</p> <p>Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden. Das Unternehmen weist darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Das Unternehmen bittet um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p>	<p>Das Unternehmen wird im weiteren Verfahren beteiligt.</p>
<p>T14 Rhein-Sieg-Kreis, Ref. Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Fachbereich 01.3 mit Schreiben vom 11.06.2018</p> <p>4. Änderung des Flächennutzungsplanes</p> <p>Umwelt und Naturschutz</p> <p>Immissionsschutz: Nördlich, nordwestlich und südwestlich grenzen überwiegend Wohnnutzungen und landwirtschaftliche Nutzungen (Hofanlagen mit Pflanzenanbau) an das Plangebiet. An den südöstlichen Teil des Plangebiets grenzt ein bestehendes Gewerbegebiet. Die bisher im Flächennutzungsplan dargestellte räumliche Trennung (Übergang von gewerblicher Nutzung zu Mischgebiet hin zum Wohngebiet) soll aufgehoben werden. Gemäß Planunterlagen werden die Bereiche zu einer einheitli-</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p>	<p>Die Gemeinbedarfsfläche erhält einen Schutzanspruch gemäß einem Mischgebiet.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>chen Fläche zusammengefasst. Für die Campus- Bereiche Schule und KiTa wird empfohlen einen Schutzanspruch zu Grunde zu legen, der mindestens dem eines Mischgebietes entspricht.</p>		
<p>Bebauungsplan Nr. 087 "Im Klostergarten"</p>		
<p>Verkehr</p>		
<p>In Bezug auf die Erschließung des "Schulcampus Im Klostergarten Alfter" bestehen im Detail nachfolgende Bedenken:</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>entfällt – auf die nachstehenden Bedenken wird im Nachgang zu den einzelnen Punkten eingegangen.</p>
<p>Erschließung des motorisierten Individualverkehrs:</p>		
<p>Bei der L 113 Medinghovener Straße handelt es sich um eine gerade in den Spitzenstunden sehr stark ausgelastete Landesstraße mit überörtlicher Verbindungsfunktion, die zudem als BAB-Bedarfsumleitung dient. Bereits heute führt die starke Auslastung der L 113 gerade in den Morgenstunden zu einem enormen Rückstau bis in die Nebenäste und damit auch in den dortigen Kreisverkehrsplatz (KVP).</p>	<p>Prüfung im weiteren Verfahren</p>	<p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens erfolgt eine detaillierte Verkehrsuntersuchung. Anhand der Untersuchungsergebnisse werden anschließend entsprechend notwendige Maßnahmen ermittelt und ins Verfahren eingestellt.</p>
<p>Gemäß dem Verkehrsgutachten (Zwischenbericht Stand 07.07.2017) wurde auf der Grundlage der Zählung für alle 3 untersuchten Knotenpunkte eine ausreichende Leistungsfähigkeit festgestellt. Auch nach der Eröffnung der Gesamtschule und des Kindergartens könne laut dem Verkehrsgutachten eine ausreichende Leistungsfähigkeit nachgewiesen werden, allerdings nur unter der Maßgabe der Verlängerung der Freigabezeiten an den Knotenpunkten.</p>		<p>Bereits zum derzeitigen Zeitpunkt kann angemerkt werden, dass während des Bebauungsplanverfahrens die Planung einer Kindertagesstätte entfiel. Darüber hinaus wurde die Anzahl der geplanten Schüler von 825 auf 780 reduziert, sodass insgesamt die Verkehre reduziert wurden.</p>
<p>Auch wenn die Untersuchung nach Umsetzung der Baumaßnahmen - unter Anpassung der signaltechnischen Planung von einer ausreichenden Leistungsfähigkeit ausgeht, bestehen wegen der zeitweise sehr starken Auslastung der Erschließungsstrecke massive Bedenken in Bezug auf die Leistungsfähigkeit des Anbindungsstreckenzuges:</p>		
<p>Es ist zu befürchten, dass aufgrund einer Überlagerung der heutigen Spitzenstunde (vermutlich morgens 7.00-8.00 Uhr) mit dem Zielverkehr des Campus (MIV und ÖPNV) die Leis-</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Der Nachweis in der Vormittagsspitzenstunde weist eine ausreichende Leistungsfähigkeit (Berechnung nach HBS) aus. Zudem wurde auf einen möglichen freien Rechtsab-</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

Zu den Stellungnahmen aus der Öffentlichkeits- sowie Träger- und Behördenbeteiligung werden nach erfolgter Interessenabwägung folgende Beschlüsse gefasst:

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>tungsfähigkeit des KVP mangels freiem Durch- und Abfluss faktisch überschritten wird und der Verkehr am KVP zum Erliegen kommt.</p> <p>Eine zusätzliche Belastung in den Morgenstunden sollte nach Möglichkeit vermieden bzw. auf ein Minimum reduziert werden. Daher sollte beim Erschließungskonzept des Campus Im Klostergarten</p> <p>1. eine Entzerrung der Zielverkehre angestrebt und 2. eine weitere Anbindung des Areals geprüft werden.</p> <p>Zu 1: eine Entzerrung der Zielverkehre könnte zum einen dadurch erreicht werden, dass die Lage der geplanten Haltestelle der privaten Schulbusse und der Elterntaxen räumlich getrennt werden. Eine ausschließliche Führung der Schulbusse über den hoch belasteten KVP als Zu- und Abfahrt sollte vermieden werden.</p> <p>Unabhängig davon sollten im Rahmen der Verkehrsuntersuchung die Leistungsfähigkeit des KVP und der Kreuzung L113/ Ziegelweg für folgende Zeiträume nachgewiesen werden:</p> <p>a) für den Zeitraum 7.00-8.00 Uhr (Prognose: Verkehrsbelastung heute+Zielverkehr des Campus) und</p> <p>b) für den Zeitraum der heutigen Spitzenstunde morgens (diese liegt möglicherweise außerhalb des Zeitraumes 7.00-8.00 Uhr, (Prognose: Spitzenstunde morgens+ Zielverkehr des Campus)</p>	<p>Prüfung im weiteren Verfahren</p>	<p>bieger hingewiesen.</p> <p>Während des Bebauungsplanverfahrens entfiel die Planung einer Kindertagesstätte. Darüber hinaus wurde die Anzahl der geplanten Schüler von 825 auf 780 reduziert, sodass insgesamt die Verkehre reduziert wurden.</p> <p>Der städtebauliche Entwurf sieht nun für die Lage der geplanten Haltestelle der privaten Schulbusse sowie für die Hol- und Bringverkehre der Schülerinnen und Schüler unterschiedliche Standorte entlang der Straße „Im Klostergarten“ auf privatem Grund vor.</p> <p>Im weiteren Verfahren werden die Leistungsfähigkeiten der genannten Knotenpunkte entsprechend den vorliegenden Spitzenstunden nachgewiesen.</p>
<p>Zu 2: Gemäß dem Verkehrsgutachten ist eine Durchbindung der Straße "Am Klostergarten" zwar nicht erforderlich, würde aber die Gesamtverkehrssituation deutlich verbessern. Diese Maßnahme wird aus hiesiger Sicht gerade vor dem Hintergrund des Rückstaus im Bereich des KVP für zwingend erforderlich angesehen und ist in jedem Fall zu prüfen.</p> <p>Signalisierung der Knotenpunkte:</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>	<p>Gemäß den bereits vorliegenden Verkehrsuntersuchungen können die Verkehre über das bestehende Straßennetz abgewickelt werden, sodass eine Durchbindung der Straße „Im Klostergarten“ im Zuge der Realisierung dieses Projektes nicht verfolgt werden soll.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

Zu den Stellungnahmen aus der Öffentlichkeits- sowie Träger- und Behördenbeteiligung werden nach erfolgter Interessenabwägung folgende Beschlüsse gefasst:

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>Die Lichtsignalanlagen entlang der L 113 werden - beginnend ab der B 56 - koordiniert geschaltet. Eine einzelne Verlängerung der Freigabezeiten, wie im Verkehrsgutachten vorgeschlagen, ist daher nicht ohne weiteres möglich bzw. muss im Kontext der gesamten Koordinierung und den übrigen Freigabezeiten analysiert werden. Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen komplexen Verkehrssituation der Erschließungsstrecke scheint eine belastbare Abbildung der sich einstellenden Verkehrssituation nicht über reine Berechnungen, sondern nur im Rahmen einer Simulation möglich zu sein.</p>	Prüfung im weiteren Verfahren	<p>Die Maßnahmen, welche aufgrund der zusätzlichen Verkehre ggf. notwendig werden, werden im weiteren Verfahren ermittelt und mit den Fachbehörden abgestimmt. Die koordinierte LSA Schaltung wird im weiteren Verlauf geprüft und ggf. mit Microsimulation dargestellt.</p>
<p>Öffentliche Erschließung Eine ausreichende Anbindung des Standortes an den ÖPNV ist nicht gegeben. Das vorgestellte ÖPNV-Konzept sollte im weiteren Verfahren detaillierter ausgearbeitet und erweitert werden. So lässt das Gutachten bisher Prognosen vermissen, wie sich die Schülerfahrten zum Campus prozentual auf den ÖPNV und die Schulbusse bzw. Elterntaxen aufteilen.</p>	Prüfung im weiteren Verfahren	<p>Im weiteren Verfahren wird das ÖPNV-Konzept weiter ausgearbeitet.</p>
<p>Die genannte Linie 680 ist eine Kleinbuslinie, die speziell für die Belange älterer und mobilitätseingeschränkter Fahrgäste konzipiert ist. Zur Anbindung von Schulen ist sie aufgrund ihrer geringen Beförderungskapazität nicht geeignet. Der Linienweg erlaubt keinen Einsatz von Standardbussen, welcher für die Beförderung von Schülern erforderlich wäre. Zudem ist die Haltestelle vom geplanten Schulstandort zu weit entfernt.</p>	Kenntnisnahme	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und das vorliegende Verkehrsgutachten in diesem Belang angepasst.</p>
<p>Bzgl. der Linie 843 wird auf fehlende Aufstellflächen an der betroffenen Haltestelle "Ginggasse" hingewiesen, diese kann im dortigen Straßenquerschnitt auch nicht nachgerüstet werden. Zudem fehlt eine angemessene Fußwegeverbindung zum geplanten Schulstandort.</p>	Prüfung im weiteren Verfahren	<p>Im Zuge der weiteren Verfahren wird das ÖPNV-Konzept weiter Untersuchung und dieser Belang eingestellt.</p>
<p>Vor diesem Hintergrund wird der Neubau einer Haltestelle für die Linie 633 (Bonn-Duisdorf - Alfter - Bornheim - Sechtern) als unverzichtbar angesehen. Diese Linie bedient die regionale Hauptachse mit Anschluss an die ÖPNV- Verknüpfungspunkte Bonn-Duisdorf und Bornheim-Roisdorf und weist eine angemessene Angebotsqualität auf (30'-Takt mit Gelenkbus-</p>	Prüfung im weiteren Verfahren	<p>Im Zuge der weiteren Verfahren wird das ÖPNV-Konzept weiter Untersuchung und dieser Belang eingestellt.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>sen).</p> <p>Idealerweise sollte die neue Haltestelle beidseitig im nördlichen Teil der Straße "Im Klostergarten" angelegt werden. Die Straße muss dafür zwingend einen Lückenschluss nach Norden zur Alfterer Straße erhalten, damit ein durchgehender Busverkehr möglich ist (siehe Anlage Planungskonzept 01.4 zur Anbindung des Schulstandortes mit ÖPNV). Der Knotenpunkt L113/K12 sollte dabei umgangen werden. Eine Stichfahrt wird aus betrieblichen Gründen und aus Gründen der Fahrgastattraktivität abgelehnt. Bei der neuen Haltestelle ist auf sichere Querungsmöglichkeiten und ausreichend breite Aufstellflächen zu achten. Es wird empfohlen, auf beiden Straßenseiten den Halt von zwei Bussen hintereinander zu berücksichtigen, so dass bei Bedarf Schulverstärkerfahrten eingesetzt werden können.</p> <p>Sollte die Anlegung der derzeit als optional dargestellten Haltestelle an der L 113 weiter verfolgt werden, sind Möglichkeiten einer gesicherten Querung der L 113 zu untersuchen und der Ausbau der Haltestellenbereiche zu prüfen. Die erforderlichen Busbuchten sind im bestehenden Straßenquerschnitt allerdings nicht vorgesehen. Zudem ist die Flächenverfügbarkeit geringer und die Zugänglichkeit schlechter (in einer Fahrtrichtung Querung der L113 erforderlich).</p>	<p>Prüfung im weiteren Verfahren</p>	<p>Im Zuge der weiteren Verfahren wird das ÖPNV-Konzept weiter Untersuchung und dieser Belang eingestellt.</p>
<p>Dabei ist zu beachten, dass eine Querung der Fußgänger über die Kreisverkehrsäste diesen in seiner Funktion empfindlich stören würde und deshalb in jedem Fall zu vermeiden ist. Daher ist in diesem Fall eine gesonderte fußläufige Verbindung zwischen der Straße "Im Klostergarten" und der L 113 Medinghovener Straße zu prüfen.</p>	<p>Prüfung im weiteren Verfahren</p>	<p>Im Zuge der weiteren Verfahren wird das Fußwege-Konzept weiter untersucht.</p>
<p>Organisation der Schülerbeförderung Bzgl. der geplanten Realisierung des "Campus Klostergarten" wird Abstimmungsbedarf hinsichtlich der Organisation der Schülerbeförderung gesehen. Ein neuer Schulcampus für über 800 Schüler wäre im ÖPNV-Netz ein neuer primärer Verkehrserzeuger, der Auswirkungen weit über den lokalen Be-</p>	<p>Prüfung im weiteren Verfahren</p>	<p>Im Zuge der weiteren Verfahren wird das ÖPNV-Konzept weiter Untersuchung und dieser Belang eingestellt.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>reich erzeugen würde. Es ist davon auszugehen, dass ein großer Teil des Schülerverkehrs mit dem ÖPNV bewältigt werden kann. Es wird diesbezüglich auf die Schülerfahrkostenverordnung - SchfkVO NRW §12(4) verwiesen: „Die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln ist in der Regel die wirtschaftlichste Beförderung; sie hat grundsätzlich Vorrang vor den anderen Beförderungsarten.“ Die Integration ist auch vor dem Hintergrund gewünscht, dass im betroffenen Gebiet eine gute ÖPNV-Anbindung bereits vorhanden ist und sich diese mit zusätzlichen Schülerverkehren noch nachhaltig stärken ließe. Organisatorisch bedingt die Integration des Schülerverkehrs in den ÖPNV</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Abschluss einer Vereinbarung zur Abnahme von Schülertickets entsprechend der Regularien des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg zwischen dem Verkehrsunternehmen RVK und dem Schulträger sowie 2. eine Abstimmung mit dem ÖPNV-Aufgabenträger Rhein-Sieg-Kreis zur Bereitstellung eines angemessenen Fahrplanangebotes in Wechselwirkung mit den Schulanfangs- und Endzeiten. <p>Die Integration des Schülerverkehrs wird von 01.4 auch aus Gründen der Verkehrsentlastung für sinnvoll gehalten, um Parallelverkehre zwischen dem ÖPNV und freigestelltem Schülerverkehr zu vermeiden.</p> <p>Radverkehr Es gibt Überlegungen, auf der Straße „Im Kloostergarten“ eine RadPendlerRoute (RPR) für die Relation Swisttal/Rheinbach-Alfter-Bonn einzurichten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ein möglicher Durchstich gemäß des Planungskonzeptes des Fachbereiches Verkehr und Mobilität 01.4 (siehe Anlage) zwischen „Wegscheid“ und „Im Kloostergarten“ hätte zentrale Vorteile für die RPR (kürzere Strecke, weniger Abbiegebeziehungen). • Bei einer steigenden Verkehrsmenge auf der Straße "Im Kloostergarten" ist zu prüfen, ob der Radverkehr 	<p>Prüfung im weiteren Verfahren</p>	<p>Im weiteren Verfahren wird geprüft, ob ein separater Radweg entlang der Straße „Im Kloostergarten“ geschaffen werden kann. Der Investor hat bereits signalisiert, entlang der Schule einen Radweg errichten zu wollen, wenn dieser an das übergeordnete Radwegenetz angebunden werden kann.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme gesichert geführt werden muss.</p> <ul style="list-style-type: none"> Bei Anlage einer neuen Haltestelle (Bus- bzw. Elternhaltestelle) sind Konflikte zum Radverkehr zu vermeiden. 		
<p>Umwelt und Naturschutz</p>		
<p>Abfallwirtschaft: Der Einbau von Recyclingbaustoffen ist nur nach vorhergehender Wasserrechtlicher Erlaubnis zulässig.</p> <p>Im Rahmen der Baureifmachung der Grundstücke anfallendes bauschutthaltiges oder organoleptisch auffälliges Bodenmaterial (z. B. aus Bodenauffüllungen) ist ordnungsgemäß zu entsorgen.</p> <p>Die Entsorgungswege des abzufahrenden Bodenaushubs sind vor der Abfuhr dem Rhein-Sieg-Kreis, Amt für Umwelt- und Naturschutz – Sachgebiet „Gewerbliche Abfallwirtschaft“ - anzuzeigen. Dazu ist die Entsorgungsanlage anzugeben oder die Wasserrechtliche Erlaubnis (Anzeige) der Einbauteile vorzulegen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Im Rahmen der Baugenehmigungsplanung sind die aufgeführten Belange zu berücksichtigen.</p>
<p>Immissionsschutz: Gemäß Planunterlagen wird das Vorhaben gutachterlich geprüft (im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum Bebauungsplan; Erarbeitung Fachplanung Immissionsschutz, siehe Städtebauliche Begründung Seite 10 Nr. „3.3.2 Fachplanungen“). Insbesondere die hier zu erarbeitenden Immissionsgutachten (u. a. schalltechnische Prognose) zu den Auswirkungen der Planung auf das Umfeld sind bislang nicht dargestellt. Auch die Einwirkungen auf das Vorhaben durch das Umfeld (Gutachten zur näher heranrückende schutzbedürftigen Nutzung an bestehende Hochfrequenzanlage im Sinne der 26. BImSchV) sind bislang nicht dargestellt. Unter Berücksichtigung der bislang vorliegenden Dokumente bestehen keine grundsätzlichen Bedenken.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Die entsprechenden Gutachten werden im weiteren Verfahren erstellt.</p>
<p>Schmutz-/ Niederschlagswasserbeseitigung:</p>		

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>In den vorliegenden Unterlagen wurden keine Angaben zur Entwässerung des Plangebiets gemacht. Das Abwasserbeseitigungskonzept aus dem Jahr 2016 weist das B-Plan-Gebiet nicht als Plangebiet aus. Nach § 55 (2) des Wasserhaushaltsgesetzes soll Niederschlagswasser ortsnah versickert, verrieselt direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen. Es wird empfohlen ein Entwässerungskonzept aufzustellen.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p>	<p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird ein Entwässerungskonzept erstellt.</p>
<p>Altlasten: Aus Altlastensicht stehen den Planvorhaben keine Bedenken entgegen. Folgender Hinweis sollte vorsorglich in der textlichen Festsetzung des Bebauungsplanes ergänzt werden:</p> <p><i>Werden bei den Bauarbeiten verunreinigte Bodenhorizonte angetroffen, so ist unverzüglich der Rhein-Sieg-Kreis, Amt für Umwelt- und Naturschutz zu informieren (siehe § 2, Abs. 1 Landesbodenschutzgesetz NRW). Ggf. sind weitergehende Untersuchungen zur Gefährdungsabschätzung (Entnahme von Bodenproben, Durchführung von chemischen Analysen, etc.) zu veranlassen. Alle Maßnahmen im Zusammenhang mit schädlichen Bodenverunreinigungen sind mit dem Amt für Umwelt- und Naturschutzschutz abzustimmen.</i></p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p>	<p>Ein entsprechender Hinweis wird in die Planunterlagen aufgenommen.</p>
<p><u>Hinweisfläche Altstandort:</u> Im Rahmen einer systematischen Altstandorterhebung für das Gemeindegebiet Alfter, wurde im westlichen Randbereich des Plangebietes (Wegscheid 12) anhand von Meldedaten ermittelt, dass dort eine Gärtnerei betrieben worden sein soll. Nähere Informationen zum Umgang mit umweltgefährdenden Stoffen bzw. konkrete Verdachtsmomente auf Vorliegen von Bodenbelastungen liegen dem Rhein-Sieg-Kreis nicht vor. Der</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>entfällt</p>

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>ehemalige Betriebsstandort wurde daher nur nachrichtlich als Hinweisfläche graphisch erfasst.</p> <p>Bodenschutz: Im Rahmen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung ist gem. § 1a Abs. 2 und 3 BauGB auch der Belang Boden in der planerischen Abwägung angemessen zu berücksichtigen. Die Bodenschutzklausel nach § 1a Abs. 2 BauGB ist zu beachten. Danach ist zu prüfen, ob vor Inanspruchnahme von nicht versiegelten, unbebauten Flächen vorrangig eine Wiedernutzung von bereits versiegelten, sanierten, baulich veränderten oder bebauten Flächen möglich ist. Die Notwendigkeit der Umnutzung landwirtschaftlich genutzter Flächen soll begründet werden.</p> <p>Die Beeinträchtigung der Bodenfunktionen soll unter Berücksichtigung von Vermeidungs-, Minderungs- und Minimierungsmaßnahmen quantitativ erfasst und mit den Ausgleichsmaßnahmen bilanziert werden. Für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Böden nur im notwendigen Umfang in Anspruch zu nehmen (§ 1a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 15 Abs. 3 BNatSchG).</p> <p>Zur Bilanzierung werden Verfahren empfohlen, die sich bislang bereits in der praktischen Anwendung bewährt haben, wie z. B. das Verfahren „Bewertung und Ausgleichsverpflichtung für Eingriffe in das Bodenpotential“ des Oberbergischen Kreises oder das "Verfahren zur quantifizierenden Bewertung und Bilanzierung von Eingriffen in Böden / Standorte" des Planungsbüros Ginster und Steinheuer, fortentwickelt von Diplom-Geograph Hans-Gerd Steinheuer, Stand November 2015.</p> <p>Der Rhein-Sieg-Kreis, Amt für Umwelt- und Naturschutz steht für eine fachliche Beratung gerne zur Verfügung.</p>	<p>Prüfung im weiteren Verfahren</p>	<p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens erfolgt eine naturschutzrechtliche Eingriffsbewertung. Diese wird ebenfalls den Boden berücksichtigen. Weitere diesbezügliche Details sind im weiteren Verfahren zu klären.</p>
<p>Erneuerbare Energien: Es wird angeregt, bei der Aufstellung des Bebauungsplans</p>	<p>Prüfung im weiteren Verfahren</p>	<p>Im weiteren Verfahren wird geprüft, ob entsprechende</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>auch die Energieeffizienz möglicher Baumaßnahmen zu berücksichtigen und den Einsatz erneuerbarer Energien zur dezentralen Erzeugung von Wärme und Strom im Baugebiet zu prüfen.</p>		<p>Maßnahmen vorgesehen und ggf. umgesetzt werden können.</p>
<p>Natur-, Landschafts- und Artenschutz Mit der Erarbeitung des Umweltberichtes für die Teilbereiche Natur- und Artenschutz sollte ein qualifiziertes Fachbüro beauftragt werden, das mit der Anwendung der einschlägigen Prüf- und Bewertungsverfahren vertraut ist. Die Fachabteilung empfiehlt, die Ergebnisse der, u. a. Erhebungen/Prüfungen, vor Eintritt in den nächsten Verfahrensschritt mit dem Amt für Umwelt und Naturschutz, Abt. 66.4 abzustimmen.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p>	<p>Für die angesprochenen Leistungen wurde ein Fachbüro (Planungsgruppe Grüner Winkel GbR) beauftragt. Eine entsprechende Abstimmung wird im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens erfolgen.</p>
<p>Eingriffe in Natur und Landschaft: Im Umweltbericht sind insbesondere die möglichen erheblichen Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf die Belange Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt zu beschreiben und zu bewerten. Ferner die geplanten Maßnahmen, mit denen festgestellte, erheblich nachteilige Umweltauswirkungen vermieden, verhindert, verringert oder soweit möglich ausgeglichen werden sollen (Eingriffsregelung nach dem BNatSchG). Bei der Bewertung der vorgezeichneten Eingriffe wie auch der erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen, die üblicherweise im Rahmen eines landschaftspflegerischen Fachbeitrages erfolgt, sind die einschlägigen Bewertungsverfahren anzuwenden. Der Rhein-Sieg-Kreis, Amt für Umwelt und Naturschutz, favorisiert dabei das Verfahren nach Ludwig/Froelich und Sporbeck. Sofern eine externe Kompensation erforderlich werden sollte, ist dazulegen, ob Flächen des Ökokontos herangezogen werden sollen. Darüber hinaus bietet die derzeitige Aufstellung des Landschaftsplanes Hinweise auf geeignete Kompensationsmaßnahmen.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p>	<p>Die dargestellten Aufgaben werden im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens bearbeitet. Ebenfalls erfolgen im Rahmen der Bauleitplanverfahren entsprechenden Abstimmungen mit den Fachbehörden.</p>
<p>Artenschutz: Es wird empfohlen, für die geplante Artenschutzprüfung die vom LANUV bereitgestellten Prüfprotokolle zu verwenden. Im konkreten Fall ist das MTB 5208, Quadrant 3, zu berücksichtigen. Darüber hinaus sind keine weiteren prüfrelevanten Arten</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p>	<p>Die angegebenen Prüfprotokolle werden im Rahmen der Artenschutzprüfung verwendet. Ebenso erfolgt eine Untersuchung der Avifauna.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>bekannt.</p> <p>Von der Planung sind derzeit unbebaute großflächige Bereiche (landwirtschaftliche Nutzflächen sowie Gehölzflächen) betroffen. Insofern wird vorbereitend auf den nächsten Verfahrensschritt eine Kartierung der Avifauna für erforderlich erachtet, um die Auswirkungen der Planung sicher beurteilen zu können. Die Erfassungen sind gemäß Methodenhandbuch Artenschutzprüfung (2017) durchzuführen.</p> <p>T 15 Rhein-Sieg-Kreis, Amt 30.10 - Bevölkerungsschutz Brandschutzdienststelle mit Schreiben vom 03.04.2018</p> <p>Zu dem v.g. Bauvorhaben wird in brandschutztechnischer Hinsicht wie folgt Stellung genommen:</p> <p>Vorbeugender Brandschutz</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Im vorliegenden Fall wird eine Löschwassermenge von 1600 Liter/Min. = 96 m³/h für erforderlich gehalten. Die gesamte Löschwassermenge ist in einem Radius von 300 m um die Gebäude herum sicherzustellen. In einem Abstand von max. 100 m ist eine Entnahmestelle für die Feuerwehr vorzusehen. Auf das Arbeitsblatt W 405 des Verbands der Gas- und Wasserfachleute -DVGW- wird hingewiesen. 2. Auf den § 5 BauO-NRW, „Zugänge und Zufahrten für die Feuerwehr“ wird hingewiesen. <p>Ansonsten bestehen aus brandschutztechnischer Sicht keine Bedenken gegen eine Bebauung nach den Varianten 2 und 6.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>	<p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens erfolgt eine grundsätzliche Abstimmung zur Leistungsfähigkeit der örtlichen Feuerwehr. Detaillierte Planungen erfolgen im nachgeordneten Baugenehmigungsverfahren.</p> <p>Der Hinweis wird im Rahmen der Baugenehmigungsplanung berücksichtigt.</p> <p>entfällt</p>
<p>T 16 RSAG AöR mit Schreiben vom 05.04.2018</p> <p>Von Seiten der RSAG AöR ist zu der Aufstellung des Bebauungsplanes in der vorgesehenen Lage keine detaillierte Stel-</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Für die Erschließung des Plangebietes wird keine neue öffentliche Verkehrsfläche erforderlich. Die Erschließung</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>Stellungnahme möglich, weil keine Bemaßung der Straßen und Wendeanlage vorliegen.</p>		<p>erfolgt über die bestehende Straße „Im Klostergarten“. Auf dem Grundstück selbst erfolgen nur interne Erschließungsverkehre.</p>
<p>Es werden grundsätzlich keine Bedenken erhoben, wenn die folgenden Hinweise Beachtung finden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Erschließung mit Straßen, Wohnwegen, Wendekreisen und Wendehämmern ist so anzulegen, dass die Fahrbahnbreite eine reibungslose Abfallentsorgung mit Dreiachser Abfallsammelfahrzeuge gewährleistet. - Fahrzeuge dürfen gemäß § 45 UW "Fahrzeuge" (BGV D29) grundsätzlich nur auf Fahrwegen oder in Bereichen betrieben werden, die ein sicheres Fahren ermöglichen. Auch aus Sicht von § 3 Abs. 1 der Betriebssicherheitsverordnung darf der Arbeitgeber Abfallsammelfahrzeuge nur auf Straßen einsetzen, auf denen er einen gefahrlosen Betrieb sicherstellen kann. - Das bedeutet, Straßen müssen als Anliegerstraßen oder -wege ohne Begegnungsverkehr bei geradem Straßenverlauf eine Breite von mindestens 3,55 m aufweisen (nach StVZO zulässige Fahrzeugbreite von 2,55 m zzgl. 2 x 0,5 m Sicherheitsabstand). Anliegerstraßen oder -wege mit Begegnungsverkehr müssen eine Breite von mind. 4,75 m aufweisen 	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Die vorgetragenen Hinweise werden zur Kenntnis genommen und ggf. bei der Entwurfsplanung berücksichtigt bzw. geprüft, inwieweit diese berücksichtigt werden können, falls auf dem privaten Grundstück Erschließungsflächen für die Entsorgung notwendig werden. Müllfahrzeuge werden ausschließlich die Straße „Im Klostergarten“ befahren, die über eine Wendanlage vor Kopf verfügt.</p>
<p>Die RSAG weist darauf hin, Abfall darf nach den geltenden Arbeitsschutzvorschriften gemäß § 16 UW "Müllbeseitigung" (BGV C27) nur abgeholt werden, wenn die Zufahrt zu Abfallbehälterstandplätzen so angelegt ist, dass ein Rückwärtsfahren nicht erforderlich ist. Die identische Forderung ergibt sich aus § 4 Abs. 3 Betriebssicherheitsverordnung.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Der Hinweis wird im weiteren Verfahren berücksichtigt.</p>
<p>Sackgassen, die nach dem Erlass der UVV "Müllbeseitigung" nach dem 01.10.1979 gebaut wurden oder bei denen der Feststellungsbeschluss nach dem 01.10.1979 rechtskräftig wurde, müssen eine geeignete Wendeanlage vorweisen. Zu den Wendeanlagen gehören in diesem Zusammenhang</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Das vorliegende Konzept sieht keine Errichtung von Sackgassen vor. Sollten im weiteren Verlauf der Planung Stichstraßen zu den Abfallsammelbehältern vorgesehen werden, wären entsprechende Wendeanlagen zu berücksichtigen.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>Wendekreise, Wendeschleifen und Wendehämmer. Wendekreise müssen einen Mindestdurchmesser von 22,00 m einschließlich der erforderlichen Freiräume für die Fahrzeugüberhänge aufweisen und in der Wendekreismitte frei befahrbar sein. Diese müssen mindestens die Schleppkurven für die eingesetzten bzw. einzusetzenden Sammelfahrzeuge berücksichtigen. Die Zufahrt muss eine Fahrbahnbreite von mindestens 5,50 m haben. Bei Wendeschleifen ist ein Durchmesser von mindestens 25,00 m erforderlich. Pflanzinseln dürfen einen Durchmesser von maximal 6 m haben und müssen überfahrbar - ohne Hochbord - ausgeführt sein. Wenn aufgrund von topographischen Gegebenheiten oder bereits vorhandener Bausubstanz Wendekreise bzw. -schleifen in der zuvor beschriebenen Form nicht realisiert werden können, sind ausnahmsweise auch andere Bauformen, z.B. Wendehämmer zulässig. Dabei ist zu berücksichtigen, dass verschiedene Fahrzeugausführungen unterschiedliche Dimensionierungen erforderlich machen. Wichtige Voraussetzung dabei ist, dass Wenden mit ein- bis höchstens zweimaligen Zurückstoßen möglich ist.</p> <p>Weitere Sicherheitstechnische Anforderungen an Straßen und Fahrwege für die Sammlung von Abfällen sind der BGI 5104 und RAST 06 zu entnehmen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Die RAST 06 sowie die BGI 5104 werden im weiteren Verfahren berücksichtigt.</p>
<p>T 17 RWE Power AG mit Schreiben vom 23.04.2018</p> <p>Das Unternehmen hat die Anfrage geprüft und teilt mit, dass die unsere Stellungnahme vom 15.08.2016 zur Aufstellung des Bebauungsplanes 087 weiterhin gültig ist und ebenso für die 4. Änderung des Flächennutzungsplanes gilt. Da nun im Parallelverfahren die FNP-Änderung als auch die Aufstellung des Bebauungsplanes 087 durchgeführt werden, übersendet das Unternehmen die angepassten Hinweise:</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>entfällt</p>
<p>Das Unternehmen weist darauf hin, dass das gesamte Plangebiet in einem Auegebiet liegt, in dem der natürliche Grundwasserspiegel nahe der Geländeoberfläche ansteht und der</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Ein entsprechender Hinweis wird aufgenommen.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>Boden humoses Bodenmaterial enthalten kann.</p> <p>Humose Böden sind empfindlich gegen Bodendruck und im Allgemeinen kaum tragfähig. Erfahrungsgemäß wechseln die Bodenschichten auf kurzer Distanz in ihrer Verbreitung und Mächtigkeit, sodass selbst bei einer gleichmäßigen Belastung diese Böden mit unterschiedlichen Setzungen reagieren können. Das gesamte Plangebiet ist daher wegen der Baugrundverhältnisse gemäß § 5 Abs. 3 Nr. 1 BauGB bzw. § 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB als Fläche zu kennzeichnen, bei deren Bebauung ggf. besondere bauliche Maßnahmen, insbesondere im Gründungsbereich, erforderlich sind.</p>	Der Anregung wird gefolgt	Das Plangebiet wird wegen der Baugrundverhältnisse gemäß § 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB als Fläche gekennzeichnet, bei deren Bebauung ggf. besondere bauliche Maßnahmen, insbesondere im Gründungsbereich, erforderlich werden.
<p>Das Unternehmen bittet hierzu in die textlichen Festsetzungen folgende Hinweise aufzunehmen:</p>	Der Anregung wird gefolgt.	Ein entsprechender Hinweis wird aufgenommen.
<ul style="list-style-type: none"> - Das Plangebiet liegt in einem Auebereich - <u>Baugrundverhältnisse</u>: Wegen der Bodenverhältnisse im Auegebiet sind bei der Bauwerksgründung ggf. besondere bauliche Maßnahmen, insbesondere im Gründungsbereich, erforderlich. Hier sind die Bauvorschriften des Eurocode 7 "Geotechnik" DIN EN 1997-1 mit nationalem Anhang, die Normblätter der DIN 1054 "Baugrund - Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau - Ergänzende Regelungen", und der DIN 18 196 "Erd- und Grundbau; Bodenklassifikation für bautechnische Zwecke" mit der Tabelle 4, die organische und organogene Böden als Baugrund ungeeignet einstuft, sowie die Bestimmungen der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zu beachten. 	Der Anregung wird gefolgt.	Eine entsprechende Kennzeichnung wird aufgenommen.
<ul style="list-style-type: none"> - <u>Grundwasserverhältnisse</u>: Der natürliche Grundwasserspiegel steht nahe der Geländeoberfläche an. Der Grundwasserstand kann vorübergehend durch künstliche oder natürliche Einflüsse verändert sein. Bei den Abdichtungsmaßnahmen ist ein zukünftiger Wiederanstieg des Grundwassers auf das natürliche Niveau zu berücksichtigen. Hier sind die Vorschriften der DIN 	Der Anregung wird gefolgt.	Ein entsprechender Hinweis wird aufgenommen.

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>18 195 "Bauwerksabdichtungen" zu beachten. Weitere Informationen über die derzeitigen und zukünftig zu erwartenden Grundwasserverhältnisse kann der Erftverband in Bergheim geben. (www.erftverband.de)</p>		
<p>T18 Stadtverwaltung Meckenheim mit Schreiben vom 10.04.2018</p>		
<p>Die Gemeinde Alfter beabsichtigt im Ortsteil Oedekoven entlang der Straße „Am Klostergarten“ Planungsrecht für Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu schaffen. Geplant sind die Neuerrichtung der bestehenden Gesamtschule einschließlich einer Vierfachturnhalle sowie eine Kindertagesstätte für drei bis vier Gruppen. Hierzu soll im Rahmen der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes eine Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Gesamtschule“, „Kindertagesstätte“ und „Sporthalle“ erzeugt werden. Weiterhin wird im Parallelverfahren der Bebauungsplan Nr. 087 „Im Klostergarten“ für dieses Gebiet aufgestellt.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>entfällt</p>
<p>Von Seiten der Stadt Meckenheim werden zum derzeitigen Stand des Aufstellungsverfahrens der beiden Bauleitpläne keine Einwendungen geltend gemacht, da wir zum jetzigen Zeitpunkt des Aufstellungsverfahrens keine Betroffenheit erkennen können.</p>		
<p>Die Stadtverwaltung bittet darum, im weiteren Verlauf der beiden Bauleitplanverfahren weiterhin beteiligen zu werden.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p>	<p>Die Stadt Meckenheim wird im weiteren Verfahren erneut beteiligt.</p>
<p>T 19 Stadtwerke Bonn mit Schreiben vom 23.04.2018</p>		
<p>Stellungnahme Verkehrsplanung VM/P: Der auf Seite 9 der städtebaulichen Begründung mit Stand vom 20.03.2018 unter Punkt 3.2.3. aufgeführte Satz zum öffentlichen personennahverkehr, führt immer noch die Kleinbuslinien 680 als Zubringer auf. Die Stadtwerke haben in Ihrer Stellungnahme vom 24.08.2016 schon darauf hingewiesen, dass diese Buslinie mit einem 17-sitzigen Kleinbus betrieben</p>	<p>Prüfung</p>	<p>Im Bebauungsplanverfahren erfolgt eine Abstimmung bzgl. der ÖPNV-Anbindung, wie das Plangebiet an den ÖPNV angeschlossen werden kann.</p>

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
<p>werden muss, dieser kann auch nicht teilweise als Zubringer für 647 Personen (siehe Seite 11 Zwischenbericht der IVV) der Gesamtschule und der Kita dienen, das Schulpersonal wurde dabei im Punkt ÖPNV noch nicht berücksichtigt. Es wird daher deshalb nochmals auf die Ausführungen in der Stellungnahme vom 24.08.2016 verwiesen, die weiterhin Bestand hat.</p>		
<p>Stellungnahme Verkehrsinfrastruktur US/I: Aus den von der Gemeinde Alfter vorgelegten Planunterlagen ist erkennbar, dass keine Beeinträchtigungen der betriebstechnischen Anlagen der SWBV/SSB vorhanden sind. Gegen die Maßnahme bestehen keine Bedenken.</p>	Kenntnisnahme	entfällt
<p>Sollte sich im Zuge des weiteren Planungs-/ Koordinierungs- und Bauablaufes herausstellen, dass betriebliche Belange der SWBV betroffen sind, bitten die Stadtwerke um weitere Abstimmungen mit ihrem Hause. Es erfolgt der hinweise, dass Um- bzw. Neuverlegungsmaßnahmen betriebstechnischer Leitungen oder bauliche Änderungen von Betriebsanlagen zu Lasten des Verursachers gehen.</p>		
<p>Stellungnahme Gas und Wasserversorgung: Das Plangebiet befindet sich außerhalb des Versorgungsgebietes der EnW bzw. der Bonn-Netz.</p>	Kenntnisnahme	entfällt

Von den nachfolgenden Behörden und Trägern öffentlicher Belange wurden keine Bedenken geäußert:

- Bezirksregierung Köln, Dez. 33 – mit Schreiben vom 23.03.2018
- Bezirksregierung Köln, Dez. 54 – mit Schreiben vom 20.04.2018
- Bundesagentur für Arbeit Bonn – mit Schreiben vom 11.04.2018
- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, BAIUDBw KompZ BauMgmt D – mit Schreiben vom 27.03.2018
- Gemeinde Alfter Fachgebiet 1.5 -Ordnungswesen- – mit Schreiben vom 11.04.2018
- Gemeinde Alfter Fachgebiet 1.6 -Sozialwesen- – mit Schreiben vom 26.03.2018
- Kath. Kirchengemeinde St. Maria Hilf, Volmershoven-Heidgen – mit Schreiben vom 09.04.2018
- Landesbetrieb Wald und Holz – mit Schreiben vom 24.04.2018
- LVR, Kaufm. Immobilienmanagement, Haushalt, Gebäudeservice – mit Schreiben vom 30.04.2018
- Rhein-Sieg-Kreis, Abt. 38.2 – mit Schreiben vom 26.03.2018
- Stadt Rheinbach – mit Schreiben vom 24.04.2018

A = Beteiligung der Öffentlichkeit (früh)

Zu den Stellungnahmen aus der Öffentlichkeits- sowie Träger- und Behördenbeteiligung werden nach erfolgter Interessenabwägung folgende Beschlüsse gefasst:

(Kurz-) Inhalte der Stellungnahme	Beschlussvorschlag	Begründung
Unitymedia NRW GmbH – mit Schreiben vom 11.04.2018		
Wahnachtalsperrenverband – mit Schreiben vom 03.04.2018		
Wasserverband Südliches Vorgebirge, Bornheim – mit Schreiben vom 05.04.2018		

Anmerkung:

B steht für Stellungnahme aus der Öffentlichkeit

T steht für Stellungnahme der Behörden und anderer Träger öffentlicher Belange